

**Siegfried Heimann/  
Gitta Martens/  
Peter Müller  
Die Linke in der SPD**

Eine Untersuchung über die Chancen der Linken in der SPD erfordert eigentlich auch eine Einschätzung der Gesamtpartei, die wir hier nicht leisten können. Wir sprechen von der SPD als einer „Volkspartei“ in Anführungszeichen, da mit diesem Begriff die Veränderungen in der SPD seit 1959 nur unzureichend beschrieben werden. Wir gehen davon aus, daß sich spätestens seit 1959 in der SPD eine *sozialreformerische* Mehrheit durchgesetzt hat, die die bestehende privatkapitalistische Gesellschaft nur noch reformerisch verbessern will. Die Linke in der SPD sehen wir als Einheit von sicherlich verschiedenen reformistischen Ansätzen. Es geht uns, gerade auch bei den Jusos, nicht um eine Darstellung und Kritik der unterschiedlichen Positionen. Ohne Zweifel bleibt diese Kritik weiterhin notwendig. (Vgl. dazu als ein Beispiel in dieser Zeitschrift: Siegfried Heimann/Bodo Zeuner, Eine neue Integrationsideologie. Zu den Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus des Peter von Oertzen, in: Prokla 14/ 15 (1974), S. 105 - 148).

Wir unterscheiden allerdings, ohne das weiter auszuführen, im Spektrum der reformistischen Linken in der SPD sich *anpassende Reformisten*, die sich mit der Formulierung von Modellen bescheiden und *kämpferische Reformisten*, die diejenigen, in deren Namen ein „Demokratischer Sozialismus“ auf reformistischem Wege erreicht werden soll, als handelnde Subjekte mit einbeziehen.

Bei der Darstellung der Jusos, über die bereits eine Fülle von Literatur existiert, verzichten wir auf eine detailgetreue Nachzeichnung von Programmatik und Organisationsentwicklung. Wir verweisen dabei u. a. auf:

Peter Müller, Die Politik der Jungsozialisten seit 1969 unter besonderer Berücksichtigung ihrer sog. Doppelstrategie. Unveröffentl. Diplomarbeit Berlin 1973  
und

Gitta Martens, Strategie und Aktion der Jungsozialisten seit 1969. Unveröffentl. Diplomarbeit Berlin 1974

Bei der Einschätzung der AfA, über die es nur wenig Literatur gibt, versuchen wir neben einer Einschätzung auch Daten der Entwicklung und des Organisationsaufbaus nachzutragen.

## **I Vorbemerkung: Jungsozialisten (JS) und Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)**

Zwei Ereignisse im Sommer 1977 machten den Spielraum für die SPD-Linke deutlich: Der Umorientierungsprozeß, den die neue Mehrheit im Bundesvorstand der *Jungsozialisten* in Gang setzen wollte, wurde bereits einen Monat nach dem diesjährigen Hamburger Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft gestoppt. Der Parteivorstand der SPD verhängte am 27. April ein sofortiges Funktionsverbot gegen den debütierenden Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter, der der sog. „Stamokap“-Strömung zuzurechnen ist und ebenfalls von den sog. „antirevisionistischen“ Jusos getragen wird.

Das mit dem Funktionsverbot eröffnete Parteiordnungsverfahren wurde inzwischen von der für Benneter zuständigen Landesschiedskommission Berlin mit dem Parteiausschluß abgeschlossen. Nichts spricht dafür, daß die Bundesschiedskommission der SPD als Revisionsinstanz gnädiger verfahren wird.

Den Anlaß für das Parteiordnungsverfahren bot ein Benneter-Interview in der Zeitschrift ‚konkret‘. Im Schiedsurteil wird Benneter der beabsichtigten Zusammenarbeit mit Kommunisten bezichtigt. Diesem schon hinreichenden Ausschlußgrund wurde die Erkenntnis hinzugefügt, daß der Juso-Vorsitzende beabsichtige, die Partei und die Jusos auseinanderzuidividieren und der Arbeitsgemeinschaft einen Sonderstatus einräumen wolle, um die Verbindlichkeit von Parteibeschlüssen ins eigene Juso-Ermessen zu stellen. Ferner wurde als parteischädigend Benneters Bezeichnung der CDU/CSU als Klassegegner bewertet, während die Kommunisten zum nur politischen Gegner verharmlost würden. Dem Benneter-Ausschluß war vom Wahltage an eine öffentliche Kampagne vorausgegangen, an der sich einträchtig die Presse, die CDU/CSU und Teile der SPD und der Gewerkschaften beteiligten.

Zur Erbauung der eigenen Basis konterte Benneter beinahe täglich mit einem Originalinterview. Das bereits vorweggenommene Ende las sich in einer Berliner Juso-Postille folgendermaßen. „Uns allen war seit dem Bundeskongreß in Hamburg klar, daß der . . . Juso-Vorsitzende ein schweres Amt antrat; doch daß es nach so kurzer Amtszeit mit einem Parteiordnungsverfahren endete, daran hat wohl keiner gedacht.“ (1)

Benneter wurde ein Opfer der Umstände. Ausschlaggebend für seine Wahl war Benneters Bereitschaft, auf der Maidemonstration des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit‘ in der ersten Reihe mitzumarschieren. Die Mutterpartei wählte die Schaltzentrale des Komitees in Ostberlin, fürchtete um ein weiteres politisches Konfliktfeld und sah die erste Gelegenheit zur Demontage der neuen Juso-Mehrheit. Der Juso-Vorstand beugte sich dem Bahr-Ultimatum zur Rücknahme des Beschlusses. Benneter, der gegenüber dem alten Bundesvorstand mit dem Vorwurf der Anpassung und Konfliktschwäche nicht eben gezeigt hatte, entsprach der stamokapspezifischen und auf den Parteiversammlungen erlernten Erwartungshaltung von sozialistischer Politik und eröffnete – nun allerdings in der Öffentlichkeit – den ideologischen Kampf. Die der Jusoschulung vielerorts entsprechende Methode der Definition von Grundpositionen fiel in einem vom generellen Bedeutungsverlust der Jusos markierten Zeitpunkt.

Die anfänglich starke Solidarisierungswelle, die u. a. auch zu inzwischen offenbar gütlich beigelegten Parteiordnungsverfahren gegen 56 Hamburger Jusos führte, trug schnell resignative Züge.

Ganze 800 Sympathisanten kamen am 19. Juni zu der in Essen von unabhängigen Persönlichkeiten organisierten zentralen Solidaritätskundgebung, während am gleichen Ort und am selben Tage eine fröhliche Juso-Polit-Fete an die 20.000 Besucher anzog.

Hierin dokumentiert sich eindringlich die geringe gesellschaftliche Verankerung der Jungsozialisten. Aber auch die Polarisierung zwischen alter und neuer Jusomehrheit trug zur schnellen Resignation bei. Das nach dem Bundeskongreß höchste Organ der Jungsozialisten, der mehrheitlich von den Repräsentanten der alten Juso-Mehrheit repräsentierte Bundesausschuß, kritisierte in einem nur formalen Protest unverhohlen den geschäftigen Bundesvorsitzenden. Ähnlich verhielt sich mit wenigen Aus-

1 Der Rote Bock. Jungsozialisten Tiergarten Nr. 6/1977, S. 19

nahmen die ‚Alt-Linke‘. Der Parteiausschluß stand am Ende einer langwährenden innerlinken Kampagne gegen Benneter und war somit durch Teile der Linken selbst legitimiert. Die Jusos haben sich damit zu einem Zeitpunkt paralyisiert, zu dem Teile der Linken wie z. B. die Schleswig-Holsteiner SPD sich erstmals in der Krise als innerparteiliche Opposition formieren. Die Jusos und in deren Gefolge eine Reihe von Regionalzusammenschlüssen der Gesamtlinken werden zu einem Zeitpunkt funktionsunfähig, der – wie der Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zeigte – von einer tiefgreifenden Identitätskrise der SPD geprägt ist.

Der Bundeskongreß der *Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen* (Afa) im Juni 1977 in Saarbrücken veranschaulichte das Widerspruchspotential einer SPD, in deren Mitgliedschaft und Funktionärskörper sozialdemokratische Politik immer noch als Arbeitnehmerpolitik interpretiert wird. Der restriktiven Regierungspolitik steht der legitimatorische Anspruch der Arbeitnehmerpartei gegenüber. Dieser Anspruch wurde insbesondere durch die jüngsten Mißerfolge der Koalition in der Beschäftigungs-, Struktur-, Steuer-, Renten- und Energiepolitik sensibilisiert. Die zahlreichen Provinzskandale sozialdemokratischer Spitzenpolitiker, der für die SPD katastrophale Ausgang der hessischen Kommunalwahlen, die den anhaltenden Trend zur CDU/CSU verdeutlichten, und die Auseinanderentwicklung zwischen den Gewerkschaften und der SPD verleiden den sozialdemokratischen Gewerkschaften der 1972 begründeten Afa die angestammte Aufgabe, als Nahtstelle zwischen der SPD und den Gewerkschaften und Belegschaften zu fungieren.

Am ersten Konferenztage bestätigten nahezu alle Redebeiträge der Delegierten die auch die Anträge bestimmende Tendenz der Enttäuschung über die Partei und die Bundesregierung. Die Delegierten verwahrten sich gegen die Rolle der regierungsseitigen Reklametruppe. Die Anträge zur Wirtschafts-, zur Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, zu Einkommens-, Steuer- und Sozialpolitik bildeten ein nahezu komplettes Alternativprogramm zur Koalitionspolitik.

„Und gebe es nicht eine tief verwurzelte und immer neue Triebe treibende Solidarität unter Sozialdemokraten, dann hätte sich Fraktionsfeuerwehrmann Herbert Wehner, Bundeskanzler Helmut Schmidt und Willy Brandt wohl vergeblich bemüht, die züngelnden Unmutsflammen mit schwarzer Schreckgespensterei vor einer Unionsregierung zu ersticken“<sup>1</sup>. (1 a). Die Schreckgespenste eines unionverfaßten Gewerkschaftsgesetzes, einer reaktionären Veränderung der Betriebsverfassung und eine Aufweichung des sozialen Netzes, nutzte Herbert Wehner zum Generalangriff gegen die als CDU-Kollaborateure bezichtigten linken Abgeordneten der SPD-Fraktion, die gegen die Vermögenssteuersenkung im Bundestag stimmen wollten. Die Afa-Delegierten waren wieder auf Linie gebracht und zogen einen der Stimmung des ersten Kongreßtages geschuldeten Initiativantrag zurück, der den Steuerrebellten Respekt für ihre Haltung zollte. Der mit großer Mehrheit zum Afa-Voritzenden wiedergewählte Bundesminister Rohde erhielt nun großen Beifall für die Mahnung, daß die Solidarität wachsen müsse, wenn die Schwierigkeiten größer werden.

Die sozialdemokratischen Werte der Führerloyalität und der Geschlossenheit, die Flügelbildungen grundsätzlich verdächtig machen, sind in der breiten Mitglied-

1a Rainer Nahrendorf in: Handelsblatt v. 21.6.1977, S. 3

schaft tief verwurzelt. Ihre augenblickliche Labilität zeigte sich jedoch wieder am letzten Kongreßtag, als eine Reihe von Delegierten während der Antragsberatung ihren Unmut über die Funktionalisierung des Kongresses zur Plattform der Parteiführung artikulierten. Nun wurde man sich auch der Regie der Antragskommission bewußt, die es geschickt verstanden hatte, den Hauptgegenstand des Kongresses, den aktuellen Steuerkonflikt, der internen Afa-Diskussion zu entziehen. Die Wut über diese Manipulation äußerte sich jedoch nur ohnmächtig in einer Serie von Abstimmungsniederlagen der Antragskommission.

Die Afa erwies sich erneut als getreues Abbild des DGB. Auch die Gewerkschaftskritik an der sozialdemokratischen Regierungspolitik endet dort, wo ein möglicher Druck auf die SPD und die Bundesregierung das Ende der SPD-Regentschaft bedeuten könnte. Hier liegen auch die Grenzen für die SPD-Linke sich der Gewerkschaften und der Afa als Bündnispartner zu vergewissern. Eine kämpferische Konfliktstrategie, wie sie im Krisenlernprozeß auch von einzelnen Flügelbereichen in der SPD propagiert wird, findet ihre Grenze an der nach wie vor vorhandenen Loyalität zur SPD-Regierung. Die SPD-Linke bemüht sich in ihren Spitzengremien um einen Mittelweg zwischen einer Politik, die ihre Legitimation an den Interessen der Lohnabhängigen orientiert, und einer Politik, die das Risiko einer späteren Dolchstoßlegende gegenüber der Schmidt-Regierung vermeiden will. Das Dilemma wurde erstmals im deutschen Bundestag quantifizierbar sichtbar. Fünf Abgeordnete der SPD-Fraktion durften in der Frage der Vermögenssteuersenkung ausscheren und erleichterten den anderen Linksgenossen die Aufgabe, eine Abstimmungsniederlage der Koalition zu verhindern . . .

Die Jusos und die Afa, die in diesem Aufsatz vorrangig untersucht werden, sind ein wichtiger Teil der SPD-Linken. Ihre Brückenfunktion zu wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen setzt sie jedoch im besonderen Maße den parteiinternen wie parteiexternen Widersprüchen aus. Die Politik der Jusos verweist immer auf den aktuellen Stand der Linken außerhalb wie innerhalb der SPD. Die Afa ist Gradmesser für das Bewußtsein der breiten, wenn auch stummen Mitgliedschaft, wie auch für das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften. Die aktuellen Konflikte um Benneter und den Afa-Kongreß deuten die Determinanten an, denen eine Linke in der SPD ausgesetzt ist und lassen nach dem Handlungsspielraum einer innerparteilichen linken Opposition fragen.

Die SPD hat sich von einer politischen Partei „der außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Arbeiterklasse zu einer etablierten und nunmehr parlamentarisch führenden Mitgliederpartei“ (2) gewandelt. Sie ist als „Volkspartei“, die sich überwiegend am Parlament orientiert und dabei auf möglichst viele Wählerstimmen angewiesen ist, nicht völlig von ihrer Bindung an die Arbeiterklasse und andere progressive Gruppen gelöst; vielmehr integriert sie diese politisch in das bestehende System, die Arbeiterklasse ist aber nicht mehr die einzige Variable ihrer Politik. Zugleich ist diese Partei in eine Umwelt eingebunden, die im wesentlichen von Strukturgesetz-

2 Jürgen Dittberner: „Entwicklungstendenzen des Parteiensystems in der Bundesrepublik“, in: Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen: Parteiensystem in der Legitimationskrise, Opladen 1973, S. 487

lichkeiten und Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt wird. Eine sich bei marginalen Korrekturen im Rahmen dieser Gesellschaft orientierende und bewegende Partei trägt „zur Legitimation der ökonomisch bedingten Herrschaft in der Bundesrepublik (bei), weil auch sie als parlamentarische Mitgliederpartei die Rahmenbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft nicht sprengen kann, ohne Wählereinbußen und damit Einflußverlust zu riskieren.“ (3)

Aber gerade die nicht nur historische Bindung an die Arbeiterklasse bedingt, daß sich innerhalb dieser Partei immer eine Linke organisieren wird, die der Tendenz nach die Entwicklung zur „Volkspartei“ aufbrechen will. Der Handlungsspielraum dieser Linken ist von mehreren parteiexternen und parteiinternen Faktoren abhängig:

*Parteiexterne* Bedingungen ergeben sich aus dem jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstand (Prosperität oder Krise), und den damit gegebenen Aktionen und Reaktionen von Arbeiterklasse, Mittelschichten und Kapital (Bürgerinitiativen, Streiks etc.).

*Parteiinterne* Bedingungen ergeben sich aus den historisch gewachsenen Organisationsstrukturen und Kräftekonstellationen in der Partei, schließlich der Verankerung der Partei im politischen System (z. B. SPD als Regierungspartei und deren je konkreten Widerspruchspotential). Für die Handlungsmöglichkeit der SPD-Linken war und ist von den parteiexternen Bedingungen besonders die Existenz einer *außerparteilichen*, autonomen linken Bewegung entscheidend. Mit dem Verfall der APO wird es für die linke Strömung in der SPD zu einer Existenzfrage, inwieweit sie sich z. B. an die Bürgerinitiativen und die Gewerkschaften anschließen kann, vor allem, welche politische Entwicklung die Gewerkschaften und andere Bewegungen selbst nehmen. Denn letztlich entscheidet über das von den JS propagierte Konzept der Doppelstrategie die *Basis* und das muß letztlich heißen, der *außerparteiliche Druck*.

Von den parteiinternen Faktoren spielte und spielt für die JS die Existenz und die jeweilige programmatische und machtpolitische Verfassung der Alt-Linken die wesentliche Rolle. Die JS als Jugendorganisation tragen phasenweise das jeweils neue, außerhalb der Partei existierende Gedankengut in die Partei hinein. Mit dem Anspruch, linke Politik zu vertreten und zu praktizieren, sind sie auf die Alt-Linken in der AfA und in den Bezirken und deren *Verklammerungsfunktion* mit der Gesamtpartei angewiesen. Von dieser Verklammerungsfunktion der Linken kann jedoch auch ein Anpassungsdruck ausgehen, der den ursprünglichen Impuls abblockt. Im Spannungsfeld zwischen der Parteirechten, sozialen Bewegungen und der nichtsozialdemokratischen Linken ist das Handlungsfeld und der -spielraum der SPD-Linken angesiedelt.

## II. Die Jungsozialisten in der SPD

### 1. Die Jusos wechseln ins linke Lager

Die Jungsozialisten stützten bis in die Mitte der 60er Jahre hinein den Volksparteikurs der Mutterpartei. Ausnahmen bildeten lediglich die südhessischen und Teile der Berliner und der Schleswig-Holsteiner Jungsozialisten. Denn nur in diesen Parteibezirken hatte sich eine relevante Alt-Linke gehalten, die anderenorts in den innerparteilichen Säuberungen und in der Resignation der Linken nach dem Godesberger Parteitag im Jahre 1959 zerfallen war. Einen rapiden Kurswechsel der Jusos brachten die Studentenbewegung und die Große Koalition. Die Apo-Einflüsse auf die Jusos gerade in manchen Universitätsstädten wie Berlin, München, Hannover und Göttingen waren so stark, daß die in die reformistische Alt-Linke integrierten Jusos aus Hessen-Süd und Schleswig-Holstein immer mehr die Rolle des mittleren Zentrums im Juso-Spektrum erhielten und somit die Aufgabe übernahmen, zwischen den ‚neu-linken‘ Bezirken und den allmählich erst dem Linkstrend nachhinkenden Regionen wie z. B. Nordrhein-Westfalen zu vermitteln. Die Vertreter aus den reformistischen Bezirken repräsentierten dann auch von 1969 bis 1977 die jeweiligen Bundesvorstände der Jungsozialisten.

Die Apo, die schnell großen Einfluß auf die Jusos gewann, vermochte es, die Parteien, besonders aber die SPD in vielen gesellschaftlichen Bereichen unter Legitimationsdruck zu setzen. Die Massenwirkung der Apo in der Jugend und in der Intelligenz brachte für die SPD die konkrete Gefahr einer Entfremdung von diesen auch quantitativ bedeutenden Gruppen. Die kritische Intellektuellen- und Jugendbewegung war für die SPD Argument genug, die „linken“ Jusos nicht einfach aus der Partei herauszudrängen, sondern es mit Mahnungen und Drohungen bewenden zu lassen und stattdessen die Bindungskraft der Jusos gegenüber Jungwählern hoch einzuschätzen. Die Jusos konnten diese Integrationsfunktion jedoch auch umkehren, innerhalb der Partei offensiv nutzen und gegen die SPD-Vorstände wenden. In ihrer Parteikritik durch die Apo bestärkt und mit Argumenten versehen, waren sie gleichzeitig vor rigorosen disziplinierenden Parteimaßnahmen geschützt. Der Druck von außen verhalf den Jusos zu eigenständigen Positionen als Transmissionsriemen nach innen. Damit banden sie zwar beträchtliche Teile des Apo-Potentials wieder an die SPD, die Jusos konnten aber auch ihrerseits wiederum Aktionen der Apo legitimieren, ihre pauschale Kriminalisierung verhindern und zur verstärkten öffentlichen Resonanz der Linken auch außerhalb der SPD beitragen.

Neben der Apo als externem Faktor begünstigten aber auch Entwicklungen innerhalb der SPD den Linsrutsch der Jusos. Das offensichtliche Versagen der CDU/FDP-Koalition während der Rezession und die zunehmende außenpolitische Isolierung der Bundesrepublik, wie sie in der Haltung zu Osteuropa und zur DDR deutlich wurde, animierten viele SPD-Mitglieder erstmalig wieder seit Beginn der 50er Jahre zu Hoffnungen auf einen Machtwechsel und eine sozialdemokratisch geprägte Reformära. Die Große Koalition widersprach diesen Erwartungen, da sie als Rettungsanker für eine abgewirtschaftete CDU/CSU empfunden wurde. Die Juso-Kritik konnte auf

diesem Unbehagen innerhalb der SPD aufbauen und fand Resonanz auch innerhalb der Parteiorganisation, zumal es der Parteiführung nicht gelang, die Große Koalition als notwendige Etappe zum sozialdemokratischen Machterwerb zu rechtfertigen oder auch nur als wirtschaftlich und politisch notwendig darzustellen. Die Kumpanie mit der früher erbittert bekämpften Adenauerpartei, die von der Großen Koalition nicht befriedigten Reformwartungen in der Gesellschafts- und in der Ostpolitik, die Notstands- und Vietnampolitik der Bundesregierung, die undemokratischen Pläne zur Installierung eines 2-Parteien-Systems durch das Mehrheitswahlrecht, aber auch die rigide Knüppelpolitik mancher sozialdemokratischer Administrationen gegen die demonstrierenden Studenten verbanden sich zu einem kritischen Reformpotential auch innerhalb der SPD. Das Regierungsprogramm der 1969 etablierten sozialliberalen Koalition integrierte diese Grundstimmung. Die SPD profilierte sich gegenüber der CDU/CSU mit dem Programm der ‚neuen‘ Ostpolitik und rief zur Demokratisierung und zur sozialen Modernisierung der Gesellschaft auf, von denen gerade auch die Lohnabhängigen als traditioneller sozialdemokratischer Anhang profitieren sollten. Die erneute Hochkonjunktur schien dafür die Möglichkeit zu geben.

Wenn die SPD auch außer dem guten Willen keine eigenen strategisch-politischen Vorstellungen zur Durchsetzung ihrer ‚klassenunspezifischen‘ Politik sozialer Reformen entwickelte, so bildete doch der in den Formen ‚mehr Demokratie‘ und ‚Lebensqualität‘ anschauliche Legitimierungszwang und Veränderungswille bis zur 1973 einsetzenden Krise den Resonanz- und Schutzboden für die Jungsozialisten und zumindest bis zur Verhängung des Radikalenerlasses auch für linke Gruppen außerhalb der SPD.

Die innerparteilichen Auswirkungen des nicht zuletzt unter dem Legitimationsdruck der Apo zustande gekommenen und von den Jusos zum Reformwillen der Partei mitbeförderten Innovationsprozesses waren eine vielerorts „bemerkenswerte Demokratisierung der Parteistruktur und Belebung der Diskussion“, „eine längst notwendige Verjüngung“ der Parteimitgliedschaft und eine „überfällige Aktivierung vieler Untergliederungen der Partei.“ (4)

Die Jusos nutzten ihre Demokratisierungsinitiativen auch zur Erweiterung des Spielraums ihrer vom Parteistatut geknebelten Arbeitsgemeinschaft. Sie bestimmten die früher von der Partei ausgewählten, bezahlten Sekretäre nun selbst und milderten das Vetorecht der Parteiorgane gegen Personalentscheidungen bei Jusowahlen zur formalen Bestätigungspflicht. Sie schufen sich die später in der Krise brüchig werden den Gewohnheitsrechte, die finanzielle Dispositionsfreiheit zu erweitern und die nahezu alle Aktivitäten umfassende Einverständnisregelung zu vergessen. Die so erkämpfte Teilautonomie ermöglichte eine Konzentration der Arbeit auf den eigenen Verband und bewährte sich als Frustrationsfilter überall dort, wo die Jusos durch eine starke Rechte von der Willensbildung der Partei ausgeschlossen waren. Damit wurde eine spezifische Juso-Identität ermöglicht, die die Jusos auch erst für „Apo-Randpolitisierte“ attraktiv machte, deren Establishment-Berührungsängste und kritische Einstellung gegenüber der SPD eine Mitgliedschaft allein in der Partei ausgeschlos-

4 Wolf-Dieter Narr/Hermann Scheer/Dieter Spöri: SPD-Staatspartei oder Reformpartei, München 1976, S. 130

sen hätte. Diese bewußten Juso-Mitgliedschaften erfolgten in großer Zahl während des Zerfalls und der Zellteilung der Apo, nach dem Münchner Bundeskongreß 69 und nach dem Ende der Großen Koalition und stärkten das kritische innerparteiliche Potential (5).

Die Kehrseite dieses Prozesses ist die bis heute wirkende akademische Überlastung des Juso-Funktionärskörpers und die auch realiter zur Kluft werdende sozialstrukturelle Diskrepanz zur passiven Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft und insbesondere zur hofierten Arbeiterbasis (6). Bereits hier wird eine entscheidende Schwäche deutlich. Die 1969 einsetzende Theoriediskussion verengte sich auf wenige akademisch trainierte Redaktions- und Entscheidungskollektive, und die Meinungsträger waren vielfach unabhängig von politischen und gewerkschaftlichen Strömungen in der Arbeiterschaft über die Theoriediskussion selbst politisiert worden. Denn während der 60er Jahre existierte keine spezifische Zielgruppenarbeit. Die parteifrommen Jusos hatten sich seinerzeit nach dem Vorbild der Mutterpartei darauf beschränkt, die „Jugend“ mit inhaltsleeren Sympathiewerreaktionen für die Mutterpartei zu agitieren (7). Entsprechend gering war auch die Kooperation mit ehemals in der Arbeiterjugend bedeutsamen Vorfeldorganisationen wie den Falken und der Naturfreundejugend, die der generellen Tendenz sozialdemokratischer Technokratisierung zum Opfer fielen. Das Desinteresse der Partei an der dem Volksparteiimage zuwiderlaufenden Pflege des traditionellen sozialdemokratischen Milieus gedieh überall dort zu einer repressiven Isolierungspolitik gegenüber den Milieuorganisationen, wo diese das tradierte sozialistische Selbstverständnis beibehielten und in Opposition zum Parteikurs gerieten. Die Übernahme dieser Parteilinie durch die Jusos wirkte sich auch in dem Desinteresse gegenüber der Gewerkschaftsjugend aus. Das Fehlen einer Basis in der Arbeiterjugend und die studentische Attitüde der parteioppositionellen Jusos waren die negativen Ausgangsbedingungen für die antikapitalistische Jusobewegung. Damit waren auch die soziostrukturellen und organisatorischen Voraussetzungen für „betriebliche Jungsozialisten-Arbeitsgemeinschaften“ und „überbetriebliche Jungsozialisten-Arbeitskreise aus Beschäftigten verschiedener Betriebe“ (8) realiter kaum vorhanden. Zur Apo bestand von vornherein keine soziostrukturelle Kluft. Die Apo wie auch die Jusos bewegten sich überwiegend im außerbetrieblichen und außergewerkschaftlichen Politikbereich. Die Jusos als organischer Teil einer „Kommunal- und Staatspartei“ waren die prädestinierten Katalysatoren einer Studenten- und später auch einer Bürgerinitiativbewegung, die beide mittelbar oder unmittelbar auf die Demokratisierung staatlicher Institutionen zielten oder den Staat selbst zum Adressaten konkreter Forderungen hatten.

Eine ähnliche Katalysatorenfunktion konnten die Jusos gegenüber den betrieblichen Mobilisierungen nicht einnehmen. Die spontanen Streiks waren in erster Linie gegen die Unternehmer und gegen die unzulängliche tarifpolitische Interessenvertre-

5 Vgl. Horst Heimann: Theoriediskussion in der SPD, Frankfurt a. M.-Köln 1975, S. 40

6 Vgl. Emil-Peter Müller: Jungsozialisten zwischen Reform und Revolution, Köln 1974, S. 39

7 Vgl. Gert Börnsen: Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD, Hamburg 1969, S. 27 u. 35 und: Unsere Arbeit 1964, Schriftenreihe der Jungsozialisten, Nr. 4/1965, S. 33 f

8 Vgl. Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.): Handbuch für die Jungsozialistenarbeit, Bonn 1971, S. A1

tung der Gewerkschaftsführungen gerichtet. Die Jusos hätten nur dann eine Chance gehabt, wenn die Einkommenspolitik der Bundesregierung und damit mittelbar auch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik Mittelpunkt der spontanen Lohnkämpfe gewesen wäre. Die SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften ist jedoch nicht allein auf der Ebene miteinander verfilzter Apparate wirksam (9), sondern kennzeichnet ebenso die Belegschaften. Die spontanen Streiks waren auf der subjektiven Ebene nie gegen die SPD-Politik gerichtet. Wie viele Linke, so waren auch die hilflosen Jusos dem Phänomen konfrontiert, daß bei den Lohnabhängigen ein Interessenbewußtsein, das sich auf ihre Stellung als Ware Arbeitskraft im Produktionsprozeß beschränkt, eine „hohe Identifikation mit dem politischen System, insbesondere mit der SPD in diesem System“ (10), unvermittelt gegenübersteht. Für die Jungsozialisten gibt es nichts zu katalysieren, wenn entgegen ihren ‚linken‘ Anspruch von Arbeiterpolitik auch in der politischen Sphäre bei der ‚Zielgruppe‘ eine gemeinwohlfixierte und „von den Inhalten der Politik weitgehend abgelöste, verallgemeinerte Loyalität“ (11) mit der SPD dominiert. Die Jusos blieben objektiv allein auf die Apo angewiesen.

Der Zerfall der Apo – auch die Jusos sogen Teile auf – beschleunigte die Juso-Integration im Verlauf der 70er Jahre in die Partei und die hiermit verknüpfte Verlagerung der Arbeitsschwerpunkte in die SPD-Organisation. Die Fixierung der Jusos auf eine SPD, die sich vehement gegen alle linken Strömungen außerhalb der SPD abgrenzte und ihre öffentliche und administrative Machtstellung zur Kriminalisierung der außerparteilichen Linken nutzte, führte auch bei den Jusos zu Entsolidarisierungen und Distanzierungen gegenüber der außerparteilichen Linken, was seinerseits dazu beitrug, den Aktionsradius der Neuen Linken einzuengen. Die Linke in der SPD und die Neue Linke bildeten eine wenn auch widersprüchliche Einheit, auch wenn beide Teile dies nie so recht begriffen.

Beide bestritten einander die ‚Stellvertreter-Legitimation‘. Die Jusos reflektierten nicht den Zusammenhang ihres ‚Aufstiegs‘ mit dem Jugendcharakter der Apo, wollten nun umfassende innerparteiliche Opposition sein und wandten sich strategisch mehreren Zielgruppen zu. Die außerparteiliche Linke erstreckte ihre „emotionale und sektiererische Haltung gegenüber der SPD“ auch auf die Partei-Linke, verabsolutierte deren Integrationsfunktion und vergaß deren strategischen Stellenwert, linke Alternativen in der Öffentlichkeit und im parlamentarisch-rechtlichen Institutionengefüge voranzutreiben und abzusichern.

Trotz aller in der Geburt unbegriffenen und in der Weichenstellung erkennbaren Unzulänglichkeiten bleibt jedoch festzuhalten, daß eben die Apo-Politisierung und die damit zusammenhängende intellektuelle Kapazität es ermöglichten, daß die Jusos nach dem Münchner Bundeskongreß 1960 erstmalig wieder als ‚Linke‘ in der SPD eine, wenn auch als ‚Strategie‘ überschätzte Programmatik entwickelten und damit auch die Diskussion über alternative gesellschaftliche Strategien aus einem schmalen Ghetto innerparteilicher und intellektueller Grüppchen in eine breitere Öffentlichkeit transportierten.

9 Vgl. dazu kritisch Bodo Zeuner: ‚Solidarität‘ mit der SPD oder Solidarität der Klasse? Zur  
- SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften, in: Prokla 26, S. 3 - 32

10 ebd., S. 5

11 ebd., S. 16

## 2. Einige Fixpunkte der Jusos-Strategie

Die von der Apo geprägten Juso-Neumitglieder und ihre politischen Inhalte trafen auf zwar kritische, aber innerhalb der SPD politisierte junge Sozialdemokraten, die in die reformerische Tagespraxis der Partei und in die Organisation der SPD einbezogen waren. Um mit dem Widerspruch leben zu können, eine systemverändernde Politik in einer systemtragenden Partei praktizieren zu müssen, hatte die These Geburtshilfe zu leisten: eine sozialistische Politik außerhalb der SPD sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Jusos begründen ihre Arbeit innerhalb der SPD damit, daß eine „sozialistische Strategie unter den kapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik von den bestehenden Massenorganisationen der Arbeiterklasse ausgehen muß“ (12), da diese, SPD und Gewerkschaften, nach wie vor von der Mehrheit der Lohnabhängigen als ihre Interessenvertreter betrachtet werden. SPD wie Gewerkschaften „müssen prinzipiell als Gradmesser und insofern auch als Grundlage der faktisch bestehenden Arbeitergegenmacht definiert werden.“ (13) Die Jungsozialisten wollen die sozialistischen Kräfte in der SPD stärken, „auch wenn es dabei immer wieder zu Konflikten mit den Teilen der Partei kommt, die kapitalistische Positionen vertreten.“ (14)

Ein solches Vorhaben setzt voraus, daß die eigene Position in der Partei gefestigt werden muß. So verlangten die Jusos in München 1969 die Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie. Sie orientierten sich dabei am imperativen Mandat, am Recht auf Gruppenbildung und am Recht auf Minoritätenschutz. Diese Feststellungen und Forderungen ersetzten stets eine tiefgreifende Auseinandersetzung sowohl über die Problematik, als Sozialisten innerhalb der SPD zu arbeiten als auch über die grundsätzliche Frage des Veränderungspotentials der SPD. Die Juso-Hoffnungen, die SPD zu einer sozialistischen Klassenpartei verändern zu können, erklären denn auch die Diskrepanz zwischen dem im folgenden konstatierten tiefgreifenden Strukturwandel der SPD und dem Resümé, daß die SPD *zur Zeit nicht konsequent* Arbeiterinteressen vertritt:

„Die Sozialdemokratische Partei auf Bundesebene hat sich immer mehr den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der vorherrschenden Bewußtseinslage der westdeutschen Bevölkerung angepaßt. Dabei hat sie ihre sozialistische Konzeption aufgegeben zugunsten eines falschen Pragmatismus und zugunsten einer weitgehenden Sterilität des Parteilebens und der Parteidiskussion. Sie hat ihren Charakter als Klassenpartei aufgegeben, um sich auch bürgerlichen Gruppen zu öffnen und von ihnen wählen zu lassen. Die Ideologie der Volkspartei zwingt alle in der SPD vertretenen Gruppen, schon im vorparlamentarischen Raum Kompromisse einzugehen. Deshalb vertritt die SPD zur Zeit nicht konsequent die eigentlichen Interessen des lohnabhängigen Bevölkerungsteils.“ (15) Die Jusos beanspruchten nun selbst, Arbeiter-

12 Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.): Thesen zur Politischen Ökonomie und Strategie – außerordentlicher Bundeskongreß in Hannover, 11. bis 12. Dezember 1971, Bonn, o. J., S. 12

13 ebda

14 ebda

15 Vorstand der SPD (Hrsg.): J 1, Reihe Jugend, Bonn 1970, S. 9

partei in der Volkspartei zu sein. Ähnlich wie die Apo-Nachfolgeorganisationen wollten die Jusos die Lohnabhängigen zu neuem Elan und Klassenbewußtsein führen, um allerdings im Gegensatz zur Apo mit der Rückendeckung der Arbeiter die sozialistische Rückbesinnung der SPD einzuleiten. Sie verstanden sich als sozialistischer Flügel der SPD und wollten sich nicht länger mit der Rolle einer Jugendorganisation begnügen. In Anlehnung an das Gorz'sche Konzept systemüberwindender Reformen erarbeiteten die Jusos die Strategie antikapitalistischer Strukturreformen (16), die ihnen geeignet erschien, die Gesellschaft unter der aktiven Beteiligung der Massen über „die Demokratisierung aller Lebensbereiche . . . in Betrieb und Wirtschaft, Familie und Partei, Schule und Hochschule, Verwaltung und Justiz“ (17) sukzessive in den Sozialismus zu überführen. Die Strategie ‚vereinbarte‘ den Anspruch der Jusos auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen mit ihrem organisatorischen Standpunkt als sozialistischer Minderheit in der Volks- und Regierungspartei SPD und sah vor, die Regierungsfunktion der SPD mittels einschneidender Reformen zu einer allmählichen sozialistischen Veränderung der kapitalistischen Strukturen zu nutzen. Weil auch die Jusos nicht so optimistisch waren, ihrer Mutterpartei eine solche Politik ohne weiteres zuzumuten, wurde die Doppelstrategie als Mittel erkoren, die SPD über den mehr oder weniger sanften Druck einer von den Jusos zu mobilisierenden Basis der Lohnabhängigen zu eben dieser Veränderung zwingen zu können.

Die Hauptvariablen der Juso-Strategie sind die mobilisierte, interessenbewußte Basis, die jedoch in ihrer Praxis nicht nach klassenstrukturellen Gesichtspunkten ausgewählt wurde, und die als ‚Durchsetzungsinstrument‘ zu nutzenden Institutionen Partei, Parlament und Staat. Die Juso-Strategie läßt sich, wenn auch grob vereinfacht, im subjektiven Verständnis der Jusos so skizzieren:

Solange die Mehrheit der Bevölkerung im Sinne der herrschenden Klasse manipuliert wird, sind Staat und Parlament mit den Trägern wirtschaftlicher Macht nahezu identisch. Gelingt es aber einer innerparteilichen Opposition in der SPD, den Lohnabhängigen und damit auch der Masse der Wähler ihre gesellschaftliche Lage bewußt zu machen und sie über ihre konkreten Bedürfnisse politisch zu aktivieren, dann kann eine sozialdemokratische Regierung nicht länger an ihren Anhängern und Wählern vorbeiregieren. Sie wäre gezwungen, antikapitalistische Tendenzen in ihrer praktischen Politik Ausdruck zu verleihen und müßte der basisnahen innerparteilichen Opposition Zugeständnisse machen, was wiederum den Charakter der Partei verändern würde. Die Ambivalenz der Regierungsfunktion würde sichtbar werden, und die sich reformistisch wandelnde SPD würde – legitimiert und getragen von den Massen – mit Hilfe ihrer institutionellen Positionen den Staatsapparat kämpferisch gegen das kapitalistische System einsetzen. Die so geschlagenen Breschen sozialistischer Demokratie und Gegenmachtpositionen würden zu erneuten Mobilisierungen führen und sich schließlich und eines nicht allzufernen Tages in der systemsprengenden Reform vollenden.

16 Vgl. besonders Andre Gorz: Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Frankfurt a. M. 1967

17 Rainer Naudiet /Gert Walter: „Jungsozialisten und Deutsche Kommunistische Partei“, in: Norber Gansel (Hrsg.): Überwindet den Kapitalismus oder was wollen die Jungsozialisten, Hamburg 1971, S. 71

Die Jusos verwechseln dabei die relative Autonomie des Staates gegenüber Einzelinteressen mit der Möglichkeit, offen gegenüber den Klassen bleiben zu können, indem sie meinen, den Staat für die Lohnabhängigeninteressen instrumentalisieren zu können. Sie verkennen gleichermaßen den Charakter der ‚Volkspartei‘, zugleich die zum Kompromiß führende gesellschaftliche Interessenaggregation zu ermöglichen und die autonome staatliche Exekution von Maßnahmen zu erlauben. Sie verkennen aber auch bereits die gesellschaftliche Bündnisbreite der SPD, deren bündnisstrategisches Ziel nicht die Vereinheitlichung der Gruppen der Lohnabhängigen, sondern die Integration von Partikularinteressen in Gemeinwohlkonzeptionen ist (17a). Die Einbeziehung auch von Staats- und Kapitalinteressen in den sozialdemokratischen Kompromiß bewirkt bereits auf der Ebene der innerparteilichen Willensbildung, daß selbst die Interessen der ‚protestantischen Arbeiter‘ als Hauptwählergruppe der SPD nur dann einen gewichtigen Platz unter den Partikularinteressen einnehmen, wenn sich diese „in kapitalistische Rationalität integrieren lassen“. (18)

Als Teil der SPD müssen auch die Jusos um den sozialdemokratische ‚Wahlerfolg‘ bangen, der eine weite Interessenfächerung der SPD sowie ihre Fähigkeit voraussetzt, im Rahmen staatlicher Steuerungstätigkeit den sozialen Frieden zu garantieren.

Als Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Volkspartei müssen die Jungsozialisten die Interpretation der Voraussetzungen und Bedingungen für sozialdemokratische Politik akzeptieren. Deshalb können sie diese auch nur modifizieren, aber nicht mit einer eigenen Perspektive konfrontieren. Die Jusos sind zwar in der Lage, den Außendruck relevanter sozialer Gruppen in die SPD hinein und auch in den Staatsapparat zu vermitteln, können jedoch angesichts der fehlenden Klassenidentität der SPD die autonome staatliche Exekution nur einige Meter nach ‚links‘ verschieben, den Interessenkompromiß jedoch nicht selbst bestimmen. Die Hilfskonstruktion der ‚antikapitalistischen Strukturreform‘ bleibt somit inhaltsleer, die Strategie ein abstraktes Postulat. Sie wappnet allein für die ideologische Auseinandersetzung und für die Kritik an offensichtlich kapitalkonformen Reformmaßnahmen wie z. B. den regierungsinternen Überlegungen zur Vermögensbildung, zum Hochschulrahmengesetz und für die innerparteiliche Programmdiskussion wie z. B. für die Auseinandersetzungen um das Langzeitprogramm.

Die Juso-Strategie, die der staatlichen Reformpolitik einen entscheidenden Stellenwert zumißt, war selbst ein Reflex auf die zunächst erfolgreiche keynesianische Bewältigung der Rezession 66/67, auf die nachfolgende Hochkonjunktur und auf die sozialliberale Reformprogrammatische. Bei allem meist nur verbalem Streit in der Frage der emanzipatorischen Stoßrichtung und des Elans der Reformpolitik setzten die Jusos doch erhebliche Hoffnungen auf die Politik der kleinen Koalition. Die Strukturreformkonzeption der Jusos und das sozialdemokratische Programm sozialer Modernisierung waren grundsätzlich vereinbar, insofern beide auf den Bedingungen relativen wirtschaftlichen Wachstums und liquider öffentlicher Haushalte beruhten. Der klassenunspezifische Charakter der sozialdemokratischen Reformpolitik fiel

---

17a Vgl. dazu: Richard Stöss, ‚Splitterparteien‘ in der BRD, unv. Manuskript Berlin 1975

18 Bodo Zeuner, a.a.O., S. 14

den Jusos über die Konfrontationswahl des Jahres 1972 hinaus nicht auf, zumal die von der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden provozierte Polarisierungspolitik die SPD zu „Arbeitnehmerparolen“ animierte. Auch ihre Grobunterscheidung zwischen systemüberwindenden und systemimmanenten Reformen entledigte sie jeglichen Maßstabs.

Auch die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Juso-Mehrheit und der Gesamtpartei unterschieden sich nur in der jeweiligen Akzentuierung staatlicher Steuerungs- und Umverteilungspolitik; sowohl im Erfahrungsschatz der Partei als auch im Weltbild der Jusos waren anhaltende Konjunktur- und Strukturkrisen nicht vorgesehen. Was die SPD prophylaktisches Anti-Krisenmanagement nannte, hieß beim Bundesvorstand der Jusos „Vollbeschäftigungspolitik und Politik der Preisstabilität im Rahmen einer sozialistischen Strategie“. (19)

Die Juso-Theorie geht stets von steuerbaren gesellschaftlichen Prozessen aus. Auch die Krise wird ausschließlich als gewollte Kapitalstrategie oder als Offensivwaffe der organisierten Arbeiterscharen verstanden. So warnen die Jusos denn auch vor übereilten Schritten, denn: „Die ökonomische Stabilität wäre gefährdet, wenn der Staat im Rahmen einer Strategie antikapitalistischer Sturkturreformen durch die Inangriffnahme solcher Reformen relevante Kapitalinteressen verletzte. Und auch wenn diese Reformen im Einklang mit zuvor mobilisierten Massen durchgeführt würden, käme es schon in der Vorbereitungsphase solcher Reformen zu einer Krise (Kapitalflucht, Investitionsstreik)“ (20).

Eine solche Krise könnte zur Disziplinierung der progressiven Kräfte oder zu faschistischen Herrschaftsformen der reaktionären Kräfte führen, wenn die Arbeiterklasse nicht durch ihre Organisationen auf den Kampf gegen das Kapital vorbereitet ist. Daraus schlußfolgern die Jusos, „daß wir unsere politische Praxis vorrangig an dem Ziel orientieren müssen . . . , daß sich die organisierte Macht der Arbeiterklasse in einem solchen Ausmaß entfaltet, daß die Krisenreaktion der Unternehmer sich gegen sie selbst kehrt – und zwar dergestalt, daß die Arbeiter schließlich die vom Kapital stillgelegte Produktion selbst übernehmen (Selbstorganisation)“. (21)

Den beiden Thesen ist zu entnehmen, daß auf antikapitalistische Strukturreformen so lange verzichtet werden muß, bis die Arbeiterklasse befähigt ist, den Krisenreaktionen des Kapitals, die schon bei den zaghaftesten Ansätzen einer antikapitalistischen Politik einsetzen können, offensiv zu begegnen. Andererseits wird eine offensive staatliche Reformpolitik jedoch zur Erfolgsvoraussetzung der Juso-Strategie.

„Die bloßen Forderungen und Teilerfolge (bei der Durchsetzung einer systemüberwindenden Politik, d. Verf.) werden den Widerstand des Kapitals . . . hervorrufen, d. h. den Klassencharakter des Systems verdeutlichen und dazu beitragen, die Auseinandersetzung zwischen den Klassen zu verschärfen“ (22). Auch diese Stellen der Theorie machen das konkrete Dilemma der Jusos deutlich. Denn die Jusos sind nicht nur auf die notwendige Rahmenbedingung „wirtschaftliche Prosperität“ angewiesen.

19 Diskussionsvorlage des Bundesvorstands der Jungsozialisten zum außerordentlichen Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover 1971, A1, S. 3

20 Thesen zur Politischen Ökonomie, a.a.O., S. 6

21 ebenda

22 ebenda, S. 8

Ihre Strategie des gegenseitigen Hochschaukelns von institutionellen Demokratisierungen, von konkreten antikapitalistischen staatlichen Reformmaßnahmen und Mobilisierungs- und Politisierungsprozessen an der Basis beruht darüber hinaus auf Voraussetzungen, die in der Bundesrepublik nicht gegeben sind. Das Vorbild der Politisierung und Mobilisierung in der Studentenbewegung wird mechanisch und modellhaft auf die erwünschte Basis der Arbeitnehmer übertragen. Die von der Wunschbasis isolierten Jusos übertragen ihren Voluntarismus auf die Mutterpartei und die Gewerkschaften, die in das Theoriekonzept oft als bereits veränderte, mobilisierungswillige und zum Klassenkampf entschlossene Arbeiterbewegung eingehen. Der Reformpolitik der kleinen Koalition, die an den vereinzelt Staatsbürger, an den Staatsklienten adressiert ist, wird implizit unterstellt, daß sie die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verschieben und die Klasse organisieren will. In ihren Überlegungen zur Krise setzen die Jusos – ohne auch nur das Verhältnis Partei/Gewerkschaft zu reflektieren – auf die Arbeiterorganisationen SPD und DGB. Beiden wird implizit unterstellt, daß sie willens und in der Lage seien, den Konflikt mit dem Kapital und seinen organisierten Verbänden durch die Mobilisierung der Basis auszutragen und damit eine radikal-reformistische Politik zu betreiben.

In allen anderen entscheidenden Passagen der Juso-Theorie jedoch werden ‚Selbstorganisation‘ und ‚Mobilisierung‘ an der Basis überhaupt erst als Voraussetzung angesehen, die genannten Organisationen zu verändern, um damit überhaupt erst die Bedingung für das Wagnis einer Politik antikapitalistischer Strukturreformen zu schaffen. Nur die Jusos selbst konnten des Rätsels Lösung sein. Sie hatten sich vorgenommen, sowohl die Basis als auch die Partei und die Gewerkschaften zu verändern.

### 3. *Die ‚Doppelstrategie‘ – Weg zur antikapitalistischen Praxis?*

In der Doppelstrategie – der Verbindung zwischen der Arbeit in der Partei, dem Staatsapparat und den politischen Aktivitäten Juso-geleiteter mobilisierter Bevölkerungsgruppen – sahen die Jusos das adäquate Mittel, die Strategie der antikapitalistischen Strukturreformen in die Praxis umzusetzen. Basismobilisierungen sollten über die SPD in Staatstätigkeit und in antikapitalistische Reformmaßnahmen einmünden. Die Jusos deklarierten in ihrer Theorie ‚Selbstorganisation‘ und antikapitalistische Mobilisierung‘ nur selten allein von den Bedürfnissen und Notwendigkeiten einer Interessenvertretung der Basis her, sondern maßen sie stattdessen an der kurzfristigen Erfolgsaussicht, innerparteiliche Machtverschiebungen zugunsten der Linken zu verheißen. Das implizierte auch die erstmalige Formulierung der Doppelstrategie im Zusammenhang mit der Kommunalpolitik. Die selbstverständliche Übernahme des vorrangigen Politikfeldes lokaler und regionaler Parteioorganisationen und die Absicht, ihre Mehrheiten und politischen Inhalte zu verändern, veranschaulicht den Zwang für die Jungsozialisten, sich innerhalb der von der ‚Volkspartei‘ gesetzten Praxis und Zielgruppen zu bewegen. Aber auch im Rahmen dieser Parteizentrierung und in der Ausrichtung auf den allein erprobten Reproduktionsbereich erfuhr die Doppelstrategie von Be-

ginn ihrer Formulierung an zwei unterschiedliche Akzentuierungen. Einer Apo-infi-zierten autonomistischen und konfliktorischen Spielart, die der Partei durch den Druck der Mobilisierten die Veränderung aufzwingen wollte, stand eine andere De-finition gegenüber, die nach Möglichkeit die Partei aus der direkten Schußlinie der Jusos herausnehmen wollte.

Die 1971 auf dem ‚Strategiekongreß‘ in Hannover formulierte These, daß es die Aufgabe der Jusos sei, Formen der „Selbstorganisation“ in der Bevölkerung zu „initiiieren“, um „durch den so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen“ (23) begründet sich aus der mit der Apo gemachten Erfahrung, daß „die politische Stärke der Jungsozialisten identisch ist mit der effektiven Artikulation von Bevöl-kerungsinteressen“ (24) und aus dem für die Jusos wesentlichen Effekt, daß „die politische Stabilität von personellen Positionen innerhalb der Partei und den staat-lichen Institutionen nur auf der Grundlage der Mobilisierung gewährleistet ist.“ (25)

Gegenüber der Radikalkur verblaßt die gemäßigte Variante zum Hausmittel-chen: „Eine ‚Strategie‘ freilich, die sich sowohl in Erscheinungsform wie im Wesens-gehalt gegen die Partei richten würde, muß konsequent abgelehnt werden (z. B. reine Basisstrategie. Deshalb ist es auch notwendig, die Mobilisierungsarbeit schon in der Planungsphase mit der örtlichen Parteioorganisation und den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern zu diskutieren“. (26) Von den beiden konzeptuellen Strängen entsprach die Radikalkur aber dem anfänglichen Anspruch der antikapitalistischen Strukturreformen. Und in der Praxis schien ihr zunächst Erfolg beschieden: Die Jusos empfanden sich nach ihrem spektakulären Münchener Bundeskongreß als historisches Subjekt, dem nun nach dem Zerfall der Apo die Aufgabe zukam, die ‚Lohnabhängi- gen‘ zu mobilisieren, die Partei und den Staatsapparat zu reformieren und die staat-liche Reformpolitik zu beeinflussen.

Die Praxisfelder der Jusos verblieben fast ausschließlich im außerbetrieblichen Bereich. Aber immer dann, wenn die Jusos ‚marxistisch‘ wurden, sahen sie „im Kampf gegen das kapitalistische System die Betriebsarbeit als absolut vorrangiges Arbeits- feld in ihrer Organisation und in der SPD“. (27)

Dazu bedurfte es jedoch einer „Veränderung der Struktur der Aktiv-Mitglied- schaft“ (28) zur Arbeiterschaft hin. Diese wiederum könnte nach Ansicht der Jusos nur aktiviert werden, wenn „eine betriebsbezogene Organisation der Partei“ (29) aufgebaut würde. Erst eine „betriebliche Organisation, in der Gewerkschafter als So- zialisten arbeiten“ (30), könnte einen „Beitrag zur Vermittlung von politischem und ökonomischen Kampf leisten, um die Voraussetzungen zur Überwindung des kapi-

23 ebenda, S. 12

24 ebenda, S. 13

25 ebenda

26 Wolfgang Roth (Hrsg.): Kommunalpolitik für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten, Frankfurt a. M. 1971, S. 23 f.

27 Bundesvorstand der Jungsozialisten (Hrsg.): Beschlüsse ordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten in der SPD in München, 25. bis 27. Jan. 1974, S. 14

28 ebd.

29 ebd.

30 ebd.

talistischen Systems . . . zu schaffen.“ (31) Damit steht es nach Auffassung der Jusos nicht gut. Denn der „historisch gewachsene Führungsanspruch der SPD gegenüber den Gewerkschaften ist heute aufgrund der ideologischen Veränderung der SPD nicht mehr zu vertreten. Vielmehr haben die Sozialisten in den Gewerkschaften die Aufgabe, die Interessen der abhängig Beschäftigten in die SPD hineinzutragen und deren Forderungen offensiv in und gegenüber der SPD zu vertreten.“ (32) Die Jusos als Sozialisten wollen dabei nicht nur in der Partei und in ihrer Arbeitsgemeinschaft, sondern auch „in den Gewerkschaften wie in der Gewerkschaftsjugend, vor allem als Vertrauensleute und in den Betriebsgruppen der SPD“ (33) mitwirken.

Um die Gewerkschaften aus der „fälsch verstandenden Solidarität“ (34) zur SPD zu lösen, müßten sie zunächst über Basisdruck demokratisiert werden. Erst dann wären sie fähig, die Jusos bei ihrem Hauptanliegen zu unterstützen, die SPD zur Klassenpartei zu emanzipieren.

Immer dann, wenn die Jusos die Gewerkschaften von außen mit Ratschlägen belehrten, reagierten die DGB-Führungen sehr allergisch. Insbesondere die wiederholt formulierten Kongreßforderungen nach Abwählbarkeit von Betriebsräten, Ausweitung der Position gewerkschaftlicher Vertrauensleute, betriebsnaher Tarif- und Bildungspolitik, aber auch der Solidaritätsbeifall gegenüber spontanen Streiks führten zu heftigen Gegenreaktionen von seiten des DGB. So erging es z. B. Johano Strasser.

Der stellvertretende Juso-Vorsitzende hatte im August 1973 die spontanen Arbeitskämpfe gerechtfertigt und in einer Rede im Juni dazu aufgerufen, eventuelle Lohnforderungen der Arbeiterschaft von bis zu 20 Prozent von seiten der Jungsozialisten auch gegen die Bedenken der Gewerkschaften zu unterstützen (35).

Die freundlichste Antwort der DGB-Spitzenfunktionäre erteilte noch der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer, der ausführte, „daß er als Gewerkschafter prinzipiell nichts gegen die Jusos habe, daß man ihnen aber energisch auf die Finger klopfen müssen, wenn sie anfangen, sich an die Arbeitnehmer in den Betrieben zu wenden.“ (36) Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter verurteilte die Jusos als eine Gruppe, „die niemals ein Mandat bekommen hat, für die Lohnabhängigen oder im Namen der Lohnabhängigen zu sprechen. Das sind ja alles keine Arbeiter. Wir werden nicht zulassen, daß eine Gruppe, die in wesentlichen aus Professoren, Studenten und Schülern besteht, die sich heute meistens als Jusos verstehen, jetzt Gesetze aufstellen wollen für die politische Tätigkeit und Arbeit der Gewerkschaften.“ (37) Die Attacken gegen die Jusos sind jedoch nicht allein mit den ideologischen Bauchschmerzen sozialdemokratischer Gewerkschafter gegenüber ‚linkssozialdemokratischer Indoktrination‘ abzutun. Auch die Abneigung innerhalb der Gewerkschaften, zum strategischen Vehikel instrumentalisiert zu werden, kann als Erklärungsgrund nicht hinreichen.

---

31 ebd.

32 ebd.

33 ebd.

34 ebd.

35 Vgl. Emil-Peter Müller, a.a.O., S. 105

36 ebenda, S. 107

37 Der Spiegel, Nr. 36/1973, S. 28

Mitursache für die Abbürstung der Jungsozialisten durch die Gewerkschaften, aber auch durch die Belegschaften, mag das in der ‚Einheitsgewerkschaft‘ symbolisierte Verständnis sein, ungeachtet politischer Grundauffassungen die geschlossene Vertretung ökonomischer Klasseninteressen zu gewährleisten. Einmischungsversuche von außen durch politische Gruppen gefährden die gemeinsame Aktion selbst bei spontanen Streiks und gefährden zusätzlich die zweite bündnispolitische Aufgabe der Einheitsgewerkschaft, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu vertreten. Während die SPD- und Staatsbindung der Gewerkschaften einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung und in Grenzen auch dem SPD-Parteivorstand ein gewisses Einmischungsprivileg gewährt, haben es weniger ‚neutrale‘ Gruppen wie die Jusos, die DKP und selbst ein CDU-Generalsekretär Biedenkopf bei seiner Verfolgungskampagne im Wahlkampf 1976 da schwerer.

In diesem Verständnis von Einheitlichkeit ist kein Raum für eine von den Intellektuellen des linken SPD-Flügels wiedererweckte Vorstellung von einer reformistischen arbeitsteilig-einheitlichen Arbeiterbewegung oder gar für eine ‚weitergehende‘ Juso-Zielvorstellung von der Aufhebung der Trennung des politischen und ökonomischen Kampfes, zumal die Notwendigkeit der auch politischen Klassenartikulation einem klassenlosen Gemeinwohldenken gewichen ist. Die Jungsozialisten haben den Lernschritt bislang nicht vollzogen, daß die Gewerkschaften als Schutzorganisation der Ware Arbeitskraft weder von außen noch durch politisch-ideologische Polarisierung von innen Objekt einer Doppelstrategie sein können, wie sie gegenüber der Partei bei bestimmten äußeren und inneren Konstellationen in ihrer Ambivalenz zwischen staatlicher Steuerung und Legitimationsbeschaffung partiell möglich ist. Die Beziehungen der Jusos zu den Gewerkschaften reduzierten sich auf diese Weise auf mehr oder weniger gute Beziehungen zu den Spitzenfunktionären der Gewerkschaftsjugend. Es gab zwar zumeist auch gewerkschaftliche Zierfunktionäre in den Juso-Bundes- und Bezirksvorständen, aber auch diese konnten der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit der Jusos keinen wesentlichen Impuls vermitteln.

#### 4. *Die Jusos suchen Basiskontakte*

Der Wunsch der Jusos, die Staatsfunktion der SPD für die soziale Basis zu instrumentalisieren und die so entstehenden Reibungen für die Veränderung der SPD zu nutzen, bestimmten zwar die Juso-Praxis. Eine problembewußte Strategie entwickelten sie jedoch auch nicht in dem ihnen adäquaten Reproduktionsbereich, die für Studenten, Schüler, Jungakademiker, im Dienstleistungssektor beschäftigte Angestellte und Beamte, welche überwiegend die Juso-Aktivisten ausmachen, charakteristisch ist. Für die Juso-AG, deren Perspektiven die Veränderung der Partei und deren traditioneller Schwerpunkt die innerparteiliche Praxis ist, liegt es auf der Hand, daß sie den Zwängen unterliegt, in erster Linie auf die örtliche SPD-Politik zu reagieren, die sich in ihren Arbeitsschwerpunkten fast schon traditionell auf die Belange öffentlicher Verwaltungen im kommunalen Bereich konzentriert.

Ein wesentliches Problem neben der undankbaren Aufgabe, ständig auf die von

der Mutterpartei gesetzten Realitäten reagieren zu müssen, war die bündnispolitische Einordnung der jeweils anvisierten Basis, die Interpretation von deren Interessen und die daraus ‚abgeleitete‘ Politik. Ihre Praxis im Reproduktionsbereich war völlig abgelöst von der im Betriebsbereich formulierten Notwendigkeit, die Lohnabhängigen an ‚ihren Interessen‘ zu organisieren. Es gab immer nur sehr kurzlebige Versuche – wenn schon der Produktionsbereich versperrt war – diese Zielgruppe im Freizeit-, Bildungs- und Wohnbereich zu erreichen. Sie konzentrierten sich eher auf die ihrer Sozialstruktur gemäßen Studenten und Oberschüler und erzielten bis heute keine nennenswerten Einbrüche in der Jungarbeiterschaft, bei den Lehrlingen und Berufsschülern.

Der ‚klassischen‘ Zielgruppen entsannen sie sich erst wieder bei Mobilisierungsversuchen von mittelständischen Bürgerinitiativen, wenn sie dort z. T. frustriert auszogen, weil sich keine Arbeiter „beteiligten oder es aber nicht gelang, diese in ein klassenpolitisches Korsett“ zu zwingen.

Der Juso-Anspruch wurde rasch verunsichert:

In den von den Jusos mitgetragenen Bürgerinitiativen wurde die Arbeiterschaft als soziale Klasse nicht erreicht, längerfristige Formen antikapitalistischer Organisation waren nicht gegeben. Inhaltlich trat der Aspekt der antikapitalistischen Veränderung von Bewußtsein, Organisationsweise und institutionellen Strukturen zumeist hinter den sozialen Aspekt der bloßen Befriedigung kollektiver Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen zurück. Auch die strategische Verheißung, mit Rückendekung einer engagierten Basis mittels der implizierten Schocktherapie des Protests, das Bewußtsein von Administration und Partei zum sozialistischen gesunden zu lassen, entpuppte sich zumeist im Endergebnis als von den Kommunalpolitikern gern besuchter Forrbildungskurs, der ihnen eine „instrumentalisierbare Basishilfe“ (38) bot. Dennoch konnten die Jusos einzelne progressive kommunale Reformen durchsetzen helfen, teils indem sie Initiativen der Nach-Apo politisch artikulierten und zu praktischen Vorstößen in der Partei, in die Parlamente und in die Verwaltungen integrierten, teils indem sie ihren Einfluß innerhalb der Partei ausgebaut hatten, daß diese selbst offen gegenüber reformistischen Impulsen war. So ließen eine Reihe sozialdemokratisch geführter Verwaltungen gesellschaftliche Experimentierräume wie z. B. die hessischen Rahmenrichtlinien, das Bremer Universitätsmodell und jugendpolitische Einrichtungen wie das Berliner Georg von Rauch-Haus zu, oder aber sie ergänzten private Dienstleistungsmonopole wie die sich in Maklerhand befindliche Wohnungsvermittlung durch sozial gerechtere städtische Alternativen.

Nichtdestoweniger bekämpfte die Partei erbittert die Doppelstrategie. Willy Brandt beschied: „ . . . Es kann nach dem Charakter der deutschen Sozialdemokratie weder eine ‚Einzelstrategie‘ noch eine ‚Doppelstrategie‘ gegenüber der eigenen Partei geben. Das gilt für Jungsozialisten ebenso wie für andere, die sich zur SPD bekennen und in ihr tätig sind. Es kann nur eine Politik und eine Strategie der SPD geben, und die werden vom Parteitag, von den dort gewählten Gremien und von der Bundestagsfraktion bestimmt . . . “ (39)

38 Joachim Raschke: Innerparteiliche Opposition. Die Linke in der Berliner SPD, Hamburg 1974, S. 297

39 Zitiert nach Norbert Gansel: „Die Strategie in der Diskussion der Jungsozialisten“, in: Überwindet den Kapitalismus, a.a.O., S. 95

Schwere Belastungen und zumeist Niederlagen erlitten die Jusos immer dann, wenn sich Aktionen und Mobilisierungskampagnen gegen die eigene Partei richteten. Die von anderen innerparteilichen Gruppen nicht gestützte Mobilisierungspraxis kollidierte mit dem Parteiinteresse, wenn die Forderungen sich für die Parteivertreter im Staatsapparat als unerfüllbar erwiesen und einen nicht ausgleichbaren Legitimationsdruck erzeugten. Das trifft für alle Inhalte zu, die die strukturelle Abhängigkeit der Kommunalpolitik von der Wirtschafts- und Finanzpolitik außer acht lassen, die kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten überfordern oder den Rahmen bürgerlicher Rechtsprechung sprengen. Den Widerstand der Partei fordern ferner alle Aktionen heraus, welche durch die tatsächliche oder vermeintliche Desavouierung relevanter Wählergruppen den nächsten Wahlerfolg zu gefährden scheinen. Schwere Konflikte, die letztlich negativ für die Linke ausgehen, ergaben wie in Frankfurt und München alle Versuche, die in die Steuerungsfunktionen des Staatsapparats integrierte Administration per imperativem Mandat an die Parteiorganisation zu binden.

Eine der letzten spektakulären Auseinandersetzungen um das imperative Mandat im Zusammenhang mit Juso-Aktionen gab es im Frühjahr 1973 in Frankfurt, als sich die Jungsozialisten an ‚illegalen Hausbesetzungen‘ in der Altstadt beteiligten. Die Frankfurter Jusos forderten Bürgermeister Rudi Arndts Rücktritt und auch der von einer Juso-Mehrheit getragene Frankfurter Unterbezirksvorstand der SPD attackierte den Magistrat, nachdem die besetzten Wohnungen von der Polizei ‚geräumt‘ worden waren und es dabei zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen war (40).

Die Reaktion des SPD-Kommunalpolitikers und seiner Administration auf die Partei und die Jusos demonstriert die Unpraktikabilität der ‚Radikakur‘ als Interpretation von Doppelstrategie: Arndt trat nicht zurück, sondern zog seinerseits gegen das ‚imperative Mandat‘ zu Felde, an das der Frankfurter SPD-Vorstand seine Stadtverordneten und die sozialdemokratische Verwaltungsspitze binden wollte. Der Oberbürgermeister und ‚linke‘ Sozialdemokrat bezeichnete die Bindung der Exekutive und Legislative an die Parteitagebeschlüsse als „unpolitisch“, soweit sich das imperative Mandat auch auf „Detailbeschlüsse“ bezieht (41). Als Teil der Doppelstrategie wertete Arndt auch die Aufgabe, „daß der Bevölkerung bewußt gemacht wird, daß sozialdemokratische Oberbürgermeister Gesetze und Verordnungen vorfinden, an die sie sich halten müssen, auch wenn sie verändert werden müssen . . .“ (42)

Das hier gezeigte seltene Beispiel einer Jungsozialistenmobilisierung gegen eine sozialdemokratische Administration mit reformistischem Selbstverständnis verdeutlicht das Dilemma einer konfliktorischen Doppelstrategie. Die gesetzlich gebundene Exekutive hat keine reelle Möglichkeit, die Progressivität der eigenen Partei unter Beweis zu stellen. Die Folgen sind Resignation oder aber die Abwendung der Mobilisierung von der SPD. Beides wollten die Jusos nicht und so verwundert es nicht, daß sie sich zumeist auf die gemäßigte Doppelstrategievariante zurückzogen. Sie konzipierte bereits die Sanktionsdrohungen der Staats- und Kommunalpartei SPD, die sich ihre Politik nicht von außen diktieren lassen wollte.

40 Vgl. Frankfurter Rundschau, 6.4.1973, S. 3

41 konkret Nr. 10/1973, S. 13 f.

42 ebenda, S. 14

Der Gedanke, die Jusos könnten z. B. in der Kommunalpolitik gegen die sozialdemokratischen Repräsentanten in den Rathäusern mobilisieren, steht den begrenzten Handlungsmöglichkeiten der der Kapitalverwertung unterworfenen Kommunalpolitik ebenso entgegen, wie den Karriereinteressen, den Gemeinwohl-, Staatssouveränitäts- und bürgerlich-repräsentativen Demokratievorstellungen der Masse der sozialdemokratischen Funktionsträger.

Die an früherer Stelle zitierte entschärfte Doppelstrategie der Mannheimer kommunalpolitischen Konferenz war dann auch die Grenze des gerade noch Erlaubten und unter dem Kreuzfeuer der SPD zustande gekommen. Sie ließ bereits die ‚Vertrauensarbeit‘ des 1975 verabschiedeten ‚Orientierungsrahmens‘ erkennen, die die Doppelstrategie, für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei und der von ihr getragenen Verwaltungen und Regierungen funktionalisiert und sie mithin gegenüber dem ursprünglichen Juso-Anspruch verkehrt.

Die weiche Linie trug jedoch der Ambivalenz der SPD Rechnung, einerseits im Rahmen der staatlichen Steuerungstätigkeit gesellschaftliche Modernisierungen zu ermöglichen, andererseits den sozialen Frieden zu gewährleisten und es halt als Wählerpartei mit keiner Gruppe zu verderben. Im großen und ganzen läßt sich verallgemeinern, daß der Konfliktkurs nur dort beibehalten wurde, wo eine auf radikale Juso-Hatz eingestellte Partei-Mehrheit jegliche Zugeständnisse an linke Positionen unterband. Hier waren jedoch die Aktionsspielräume der Jusos dermaßen gering, daß die Jusos gezwungen waren, sich untätig in eine gerade noch zugestandene verbale „Motzecke“ zurückzuziehen oder aber nach wenig erfolgreichen Außenaktionen sich aus der Partei verabschieden zu lassen.

Juso-Bezirke wie Hessen-Süd und Schleswig-Holstein identifizierten sich jedoch auch ohne den Druck der Partei mit der Mannheimer Auslegung der Doppelstrategie. Beide Juso-Bezirke, die maßgeblich die Bundesvorstandslinie prägen, kommen aus traditionell reformistischen, also linken SPD-Gliederungen. Die Jusos aus diesen Bezirken sind in die dortige Gesamtpartei integriert, treffen auf die Bereitschaft der reformistisch orientierten Partei, JusoVorstellungen aufzunehmen und verbleiben Rekrutierungsorganisation für die SPD. Eine Konfliktstrategie hätte die Jusos dort in die nie freiwillig gesuchte Isolation gedrängt und bestenfalls die reformistische Linke polarisiert und einen Teil zum innerparteilichen Gegner geschoben.

Daß große Linksexperiment ‚Doppelstrategie‘ stützte sich allmählich auf die Bedingungen sozialdemokratischer Politik zurück. Es war den Jusos nicht gelungen, über eine bloße Katalysatorenrolle zu wechselnden und nach dem Zerfall der Apowachen gesellschaftlichen Gruppen im Reproduktionsbereich hinauszukommen. Eine eigene gesellschaftliche Hausmacht konnte nicht gesichert werden, da die kurzlebigen und bunt schillerndenPraxisexperimente der Jusos eine gesellschaftliche Bündnispolitik nicht ersetzen konnten.

##### *5. Die Jusos setzen auf die Parteiarbeit*

An die Stelle einer normativ-rigoristischen Konfliktpolitik nach innen, deren höchste

Verwirklichungsstufe das Kippen von Ortsvereinen durch eine intensive Jusovermehrung war, und an die Stelle einer spontaneistischen Mobilisierungs- und Aufklärungspolitik nach außen trat ab 1971 mehrheitlich eine den Funktionsbedingungen der SPD Rechnung tragende Politik, die darauf abzielte, den Konflikt mit der Mutterpartei abzubauen.

Der Einfluß der Jusos auf die Partei festigte sich in dem Moment, als die SPD zu ihrem Erstaunen wahrnahm, daß die Juso ihr eine nicht unerhebliche Mitgift von Wählerstimmen beschermen konnten.

Erstmals hatten 1971 die Bremer Sozialdemokraten den Mut, die radikale kleine Minderheit bewußt im Bürgerschaftswahlkampf einzusetzen. Nach dem Vorbild der schwedischen ‚Arbeiterpartei‘ wurde der Wahlkampf nach dem Konzept einer ‚schiefen Schlachtordnung‘ geführt. Die Mutterpartei mobilisierte die Mitte, den ‚Linken‘ war es vorbehalten, in einem eigenständigen Wahlkampfbeitrag ‚linke‘ Stimmen insbesondere der Jungwähler der damals als ‚bürgerschaftsverdächtig‘ eingestufteten DKP-Konkurrenz zu entziehen, und die Bremer SPD feierte den größten Wahlsieg ihrer Parteigeschichte. Der damalige SPD-Geschäftsführer Holger Börner fand Gefallen, und das Bremer Modell wurde das Vorbild für die vorgezogenen Bundestagswahlen im November 1972 (43). Auch dieses Wahlergebnis bewies, daß die Aufgabe der Jusos, die fortschrittliche Jugend, enttäuschte Lohnabhängige und die kritische Intelligenz an die SPD zu binden, erfüllt wurde. Die Linke ihrerseits konnte nun in dem Maße ihren innerparteilichen Spielraum erweitern und Anerkennung finden, als die parteiinterne Vermutung zunahm, die Linke vertrete und binde relevante Wählerinteressen.

Die Parteimitte integrierte die Jusos und bemühte sich ihrer durch Kooptation und inhaltliche Kompromisse zu vergewissern. So moderierte Horst Ehmke: „Es ist uns seinerzeit gelungen, die junge Generation von der Straße zu kriegen. Jetzt scheint und in der Partei in einer geduldigen Auseinandersetzung eine stärkere Integration zu gelingen. Aber Integration heißt keineswegs, die Jungsozialisten sollten angepaßt oder vereinnahmt werden. So ist es ja umgekehrt in Verdienst der Jungsozialisten, daß – so theoretisch manches ist – z. B. Kommunalpolitik heute mit grundsätzlicheren Fragestellungen diskutiert wird als das lange Zeit der Fall war . . . Heute haben unter den Jungsozialisten (diejenigen, d. Verf.) eine Mehrheit, die sehr wohl die politischen Folgen ihrer Beschlüsse und Erklärungen sehen und es nicht für Politik halten, andere Leute zu schockieren.“ (44)

Viele sozialdemokratische Kommunalpolitiker wurden unter dem Druck der Bürgerinitiativen aus der Verwaltungsroutine und Honoratiorenruhe geweckt und begannen in Anbetracht der strukturellen Abhängigkeit der Politik im Infrastrukturbereich gegenüber der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik und der daraus resultierenden Unmöglichkeit, den kommunalpolitischen Zwängen ohne Bonner Hilfe Herr zu werden, nun ihrerseits, die Parteispitze und die Bundesregierung mit Forderungen nach gerechterer Steuerverteilung, Entscheidungsdezentralisierung, Rechtsreformen gegen die Boden- und Grundstückspekulation und nach zusätzlichen Mit-

43 konkret, Nr. 6/1972, S. 11

44 Der Spiegel, Nr. 16/1972, S. 85

teln für notwendige kommunale Einrichtungen und Dienstleistungen zu drangsalieren. Dabei honorierten die Kommunalpolitiker die nun z. T. wieder ‚solidarischeren‘ und ‚genossenschaftlicheren‘ Umgangsformen der Jusos und dies wohl auch, weil sie ihnen umfangreiche Argumentationshilfen gegen die Bonner Führung verdankten.

Die Jusos waren darauf aus, „Problemmehrheiten“ zu gewinnen und wollten sich durch Sachverstand unentbehrlich machen (45). Die innerparteilichen Bündnispartner sollten durch dezidierte Analysen wie z. B. das kommunalpolitische Arbeitsprogramm von 1971, diverse Problemlösungskataloge zum öffentlichen Nahverkehr, zur Gesundheits- und Sanierungspolitik und Detailprogramme wie etwa zur Steuerreform, zur Bildungspolitik, zum Bodenrecht und zur Medienpolitik gewonnen werden.

Die Reformvorschläge wurden zwar im Gegensatz zu den in nahezu allen SPD-Basisgliederungen breit diskutierten Initiativen gegen den 1. Entwurf des Orientierungsrahmens meist in nur sehr engen Fachleutezirkeln umgesetzt – Juso-Experten meditierten mit Parteitechnokraten; sie erfüllten aber ihren Zweck: Es wurden neue innerparteiliche Bündnispartner gewonnen, und die progressiven Juso-Expertisen fanden partielle Berücksichtigung in der Parteiprogrammatik. Daß die Uhren auf Reform wiesen, zeigte der Hannoveraner Parteitag von 1973, der über die kommunalpolitischen Ergebnisse hinaus im Zeichen der Bündniskonstellation von Alt-Linken, Jusos und Kommunalpolitiker stand, zu denen sich reformpolitisch engagierte Gewerkschafter gesellten.

Auf dem Hannoveraner Parteitag selbst errang die Linke erstmals nach dem Godesberger Parteitag wieder nennenswerte Positionen im Parteivorstand und dazu programmatischen Einfluß wie etwa beim Maklerbeschuß und in den Thesen zur Bodenrechtsreform. Die Argumentation der Parteirechten war erstmalig eher defensiver Art, und die Ablehnung des ersten Entwurfs des Orientierungsrahmens zeigte, daß die Theoriediskussion der Juso Ausstrahlung auf die Parteidiskussion erzielt hatte. Die Jusos waren nicht einfach wieder liebevoll von der Partei aufgenommen worden. Die Kompromißbereitschaft in der SPD hatte sich *gegen* die Parteirechte durchgesetzt. Der Integration der SPD-Linken und der Jusos lag auch nicht allein das rational-taktische Kalkül der Parteimitte zugrunde, das Juso-Problem über eine beschränkte Partizipationsgewährung bändigen zu wollen. Vielmehr hatten die Reformbewegung in der Bevölkerung und die drohenden Legitimationsverluste der SPD in erster Linie dazu beigetragen, der Partei die Jusos wieder aufzuzwingen. Wenn jetzt auch eine ‚Mitte‘ moderierte, so hatten doch die innerparteilichen Flügelkämpfe nicht aufgehört. Die Jusos glaubten jedoch kurz vor der entscheidenden Schlacht um den endgültigen Kurs der Partei zu stehen.

Sie waren 1972 mit dem Slogan ‚Sozialismus weil’s vernünftiger ist‘ in den Wahlkampf gezogen, hatten um die linke Besetzung der Bundestagskandidatenliste gekämpft und machten sich ernsthaft darüber Gedanken, „welche Reformen in Richtung auf sozialistische Veränderungen als Nahziele für die nächste Legislaturperiode ins Auge gefaßt werden können.“ (46)

Den programmatischen Wandel sollte der in die Partei zurückverwiesene Orien-

---

45 Vgl. Wolfgang Roth in: Playboy (Deutsche Ausgabe), Nr. 4/1973, S. 61

46 Beschlüsse . . . Oberhausen, a.a.O., S. 8

tierungsrahmen bringen. Das Langzeitprogramm sollte ein ‚sozialistisches‘ werden, und die programmatische Auseinandersetzung sollte von der personalen Veränderung der Partei flankiert werden. Viele mehr oder weniger besorgte Beobachter konstatierten nach dem Hannoveraner Parteitag einen relativen „Trend zur Stärkung des linken Flügels“ (47). Den Jusos fiel im allgemeinen nicht auf, daß der besagte Trend nur mittelbar ihren originären Taten zuzuschreiben war.

Der personale und auch begrenzte programmatische Bodengewinn der Jusos hatte eine reale gesellschaftliche Basis in dem die SPD und ihre Anhängerschaft insgesamt erfassenden Fortschrittsglauben an die Reformierbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Fortschrittsglaube hatte durch die für die SPD erfolgreich bestandene Bundestagswahl 1972 und durch die den Wahlen vorhergegangene Polarisierung im Parteiensystem auf Grund der Ostpolitik eine mobilisierende und die Partei insgesamt integrierende und vereinheitlichende progressive Attitüde bekommen.

Die konjunkturellen und ideologischen Voraussetzungen für staatliche Handlungsräume und Reformstrategien waren damals gegeben, so daß es der SPD gelingen konnte, trotz einer Vielzahl von Strukturproblemen und auch sozialer Konflikte zwischen kapitalistischen Gemeinwohlinteressen und den sozialen Interessen der Anhängerschaft zu vermitteln und dabei noch ein gutes Stück links von der Regierung zu stehen.

Der scheinbare ‚Linkstrend‘ der SPD und der an rasche Erfolge gewöhnte Vorwärtsdrang der Jusos hinderte sie daran, die Tragweite und die Zusammenhänge des 1971 vom Parteirat der SPD erlassenen ‚Unvereinbarkeitsbeschlusses‘ der Zusammenarbeit mit Kommunisten, des 1972 folgenden ‚Radikalenerlasses‘ und der anschließenden ‚Antiterrorismus‘ gesetzte zu erkennen und ihre politische Strategie darauf auszurichten. Der die antikommunistische Grundeinstellung der SPD kennzeichnende und in der historischen Entwicklung der Bundesrepublik immer wieder neu aktualisierte Abgrenzungsbeschuß nach links diente in der Hochphase der neuen Ostpolitik der um ihre Wählerbandbreite fürchtenden SPD auch als Defensivmaßnahme gegen die Verteufelungskampagne, die die außenpolitische Öffnung mit der beginnenden Sowjetisierung der Bundesrepublik gleichsetzte.

Er sollte aber auch gleichzeitig die DKP, Apo-Nachfolgeparteien und die Jungsozialisten voneinander isolieren, die sich z. B. in ‚Roter-Punkt-Aktionen‘ gegen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr verschiedentlich zusammengeschlossen und sozialdemokratische kommunale Verwaltungen in Bedrängnis gebracht hatten.

Nicht minder wurden die Jusos vom ‚Radikalenerlaß‘ überrascht. Zwar geißelten sie auf ihrem Oberhausener Bundeskongreß im Februar 1972 – einen Monat nach Inkrafttreten des Ministerpräsidentenbeschlusses – die sozialdemokratischen Inspiratoren als Diener der Reaktion, verwiesen auf den Zusammenhang von „Spannungs- und Krisenfällen“ im ökonomischen Bereich“ (48) und der Systemsicherungspolitik und Krisenprophylaxe auch sozialdemokratisch dominierter Administrationen und sahen sich letztlich selbst und ihre antikapitalistische Strategie als Adressaten der Beschlüsse. Die Schlußfolgerung der Oberhausener Resolution: „Auf keinen

47 Jürgen Dittberner: „Entwicklung des Parteiensystems . . .“, a.a.O., S. 502

48 Beschlüsse, Oberhausen, a.a.O., S. 13

Fall dürfen sich Jungsozialisten unter taktischen Erwägungen (Parteikonformität um jeden Preis – hier disziplinieren lassen. Die Grenzen der Taktik ist die Aufgabe des politischen Grundsatzes, und der politische Grundsatz lautet hier: demokratischer Kampf. Die Aggressivität der Hamburger Beschlüsse und der Ministerpräsidentenkonferenz zeigen den Jungsozialisten, wie offensiv sie innerhalb und außerhalb der Partei diese Beschlüsse zu bekämpfen haben“ wurde in der folgenden Praxis jedoch eher defensiv gehandhabt (49).

Die Jusos stehen noch heute hinter der inhaltlichen Aussage der Oberhausener Beschlüsse, vertreten den Standpunkt in der Öffentlichkeit und in diversen eigenen oder auch überparteilichen Komitees und verstärken ihre Kampagnen im Jahre 1976 mit der wirksamen Rückendeckung von ausländischen Vertretern sozialdemokratischer Schwesterparteien.

Immer wieder stellte sich den Jusos die Situation, im Widerstreit mit sozialdemokratischen ‚Rechten‘ Kompromisse mühsam erkämpfen zu müssen, obwohl diese auf bloße ‚Liberalisierungen‘ der Überprüfungsverfahren hinausliefen. Für die Jusos verband sich mit diesen Erfahrungen die trübe Erkenntnis, die Repression letztlich selbst zu akzeptieren, um sie zum kleineren Übel der eingeschränkteren Repressionshandhabung zu modifizieren.

Indem die Jusos auf die Politik der Partei zumeist lediglich reagierten, bestätigten sie ein durchgängig beobachtbares Moment ihres Verhaltens. Die Jusos fanden sich nach anfänglichen heftigen Protesten mit dem Unvereinbarkeitsbeschuß ab. Die Abgrenzung zu bundesdeutschen kommunistischen Organisationen wurde bald selbst integraler Teil des Jusos-Selbstverständnisses und bestätigte eine Tendenz bei ihnen, Repressionen und Sanktionen seitens der Partei sehr bald quasi als Naturgesetzlichkeit zu akzeptieren und der Strategie als vorgegebene Größe einzuverleiben.

Die Jusos hatten den bereits in der Prosperitäts- und Reformphase eingeleiteten ‚Rechtstrend‘ nicht antizipiert. Obwohl sie immer wieder im Hinblick auf die CDU/CSU vor einer drohenden Rechtsentwicklung gewarnt hatten, standen sie fassungslos vor dem Phänomen, daß es ‚ihre Partei‘ war, die die Voraussetzungen für eine ‚antikapitalistische‘ Politik systematisch einengte – anstatt die Regierungsmacht für Strukturereformen für die Lohnabhängigen zu nützen. Erst die SPD-Politik in der Krise veranschaulichte, daß die Orientierung der SPD am kapitalistischen Gemeinwohl nicht bloß Ausdruck einer vorübergehenden ideologischen Verformung einiger Spitzengenosser war. Die Aufgabe der „Volkspartei“, den gesellschaftlichen Grundkonsens auch mit repressiven Mitteln zu gewährleisten, schloß die SPD-Linken ein, deren legitimatorische Politikversuche nach 1973 mehr und mehr das sozialdemokratische Krisenmanagement störten.

## 6. *Die Jusos in der Krise*

Die Praxis der Jungsozialisten erschöpfte sich während der 1974 einsetzenden Krise im wesentlichen in der Mahnung an die sozialdemokratisch geführten Regierungen

---

49 ebenda

im wesentlichen in der Mahnung an die sozialdemokratisch geführten Regierungen im Bund und in den sozialdemokratisch geführten Ländern, die Liberalität nicht weiter abzubauen, die Krisenfolgen zu mildern und den staatlichen Interventionsspielraum durch den modifizierten Ausbau der Investitions- und Steuerungspolitik zu erweitern.

Wie bereits angedeutet, gingen die Jusos in ihren strategischen Überlegungen von einem im Grunde durch keine ökonomischen Krisen bedrohten linearen politischen Prozeß aus. Der Konflikt, der zur Initiierung von Basisaktivitäten notwendig ist und sich anschließend als antikapitalistische Strukturreform umsetzen soll, ist auf ökonomisch stabile Situationen zugeschnitten, in denen staatliche Handlungsräume für eine sozialreformerische Politik vorhanden sind.

Die Jusos hatten nicht ansatzweise eine antikapitalistische Konzeption entwickelt, die die Krise zum Ausgangspunkt genommen und die allerdings nie gefundene Basis darauf vorbereitet hätte, daß auch der sozialliberal besetzte Staatsapparat sein Gewaltmonopol gegen Störfaktoren wenden würde, die für die Kapitalverwertung gefährlich waren. Sie begannen erst dann über die Reinigungsfunktion der Krise, über langfristige strukturelle Arbeitslosigkeit und über die Auswirkung der Rationalisierungswelle nachzudenken, als ihr Bedeutungsverlust bereits offenbar geworden war.

Die Krise, in die die Ablösung der Brandt/Scheel- durch die Schmidt/Genscher-Regierung fiel, bedeutete gleichzeitig das Ende der Brandt'schen Reformkonzeption und eine ‚neue‘ sozialdemokratische Politik, deren Programmatik sich darauf reduzierte, Inflation und Arbeitslosigkeit soweit wie möglich mit den Mitteln kapitalkonformer Politik einzudämmen und die Krise so rasch wie möglich durchzustehen.

Die Krise entzog der Juso-Politik den Boden, da zum einen der Juso-Einfluß die Bereitschaft der SPD voraussetzte, die von den Jusos erhobenen Reformforderungen aufzunehmen und parlamentarisch umzusetzen, zum anderen die Gewerkschaften, halb freiwillig und halb von der Schmidt-Regierung in die Pflicht genommen, ihre Tarif- und Reformforderungen zurücksteckten. Die Sparpolitik in den Infrastrukturbereichen ließ überdies in den kommunalpolitischen Domänen der Jusos keinerlei Aktionsraum.

Die Gewerkschaften spielten die Krise zunächst herunter und zeichneten sich – erst heute etwas unwilliger – „während der Krise durch eine Kontinuität der Rücksichtnahme auf die regierende SPD“ aus. Auch die unteren und mittleren Gewerkschaftsapparate und die Belegschaften kündigten bei aller Kritik auch an der Bundesregierung die grundsätzliche Solidarität zu den regierenden Sozialdemokraten nicht auf und fügten sich in die Einkommenspolitik der Bundesregierung.

Die von den Gewerkschaften akzeptierte Disziplinierung und die offene Repression der außerparteilichen Linken durch die individuellen Einschüchterungen der Berufsverbotepraxis spiegelte sich innerhalb der SPD in dem Motto der ‚Einigkeit der Partei‘ wider. Die ‚Linke‘ verinnerlichte die Geschlossenheitsappelle auch deshalb, weil die verheerenden Stimmenverluste in den Landtagswahlen des Jahres 1974, denen die CDU/CSU-Gewinne entsprachen, einen bevorstehenden politischen Machtwechsel signalisierten.

In der SPD setzten sich nun auch die Tendenzen durch, die die Beachtung der

Einheitsformel nicht vom Zufall einer jederzeit wieder revidierbaren freiwilligen Integration abhängig machen wollten. Um die Jusos fortan strikter Kontrolle durch die Partei zu unterwerfen und insbesondere die Artikulations- und Praxismöglichkeiten der für nicht integrationsfähig befundenen ‚antirevisionistischen‘ Strömung zu unterbinden – dasselbe trifft auf die ‚Stamokapler‘ zu – verabschiedete der Parteivorstand am 1.2.75 neue ‚Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD‘. Dort heißt es: „Die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Vorständen der Partei. Ein Verstoß hiergegen stellt gleichzeitig einen Verstoß gegen die Ordnung der Partei dar.“ (50) Unter dem Begriff „Einvernehmen“ ist zu verstehen, „daß die zuständigen Vorstände der Partei das Recht haben, Erklärungen und Handlungen von AGs, deren Organen und Funktionären, mit denen diese AGs nach außen wirksam werden, zu untersagen.“ (51) Als „Öffentlichkeitsarbeit“ wird die „Abgabe von Erklärungen“ und „Stellungnahmen“ definiert, „die im Namen von oder unter Berufung auf AGs erfolgt, . . . die Herausgabe von Publikationen auch innerhalb der Organisation, die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Konferenzen sowie Kontakte zu anderen Verbänden und Organisationen.“ (52) Der Begriff „Öffentlichkeitsarbeit“ wird so auf die innerparteiliche Ebene erweitert: Ferner wird das „imperative Mandat“ zwischen einzelnen Juso-AGs und ihren Amts- und Mandatsträgern auf der Parteiebene als Verstoß gegen das Organisationsstatut der SPD gewertet und ausdrücklich festgestellt, daß Beschlüsse von AGs – sofern sie in Widerspruch zu Parteibeschlüssen stehen – für kein Parteimitglied Rechtfertigung seiner Handlung sein können (53).

Diese SPD-interne Notstandsgesetzgebung bedeutet bei strikter Anwendung der Parteistatuten das Ende jeglicher Juso-Autonomie, das Ende selbst jeder innerparteilichen Konfliktstrategie, das Ende jeglicher Mobilisierungspraxis und das Ende auch einer nur publizistischen Öffentlichkeitsarbeit.

Sicherlich bedeutet diese Regelung noch nicht das Ende jeglicher Juso-Arbeit oder gar das Ende jeder Möglichkeit von innerparteilicher Opposition. Der mit diesen Richtlinien verbundene Repressionsgrad ist abhängig von den politischen Kräfteverhältnissen und den jeweiligen Opportunitäten im einzelnen Regionalverband. So gibt es, z. B. in Nord-Niedersachsen, Juso-Gliederungen, die quasi nicht mehr arbeitsfähig sind. Andererseits haben die SPD und die Jusos Schleswig-Holsteins ein generelles Einvernehmen deklariert und damit die neuen Richtlinien umgangen.

Der in den Arbeitsrichtlinien zum Ausdruck kommende Disziplinierungsdruck wurde von der Parteilinken und vom Bundesvorstandsflügel der Jusos freiwillig aufgenommen und von ‚links‘ gegen Juso-Strömungen gewendet, die aus den Erfahrungen mit der Krise eine bewußte, den Krisenanforderungen Rechnung tragende Korrektur der bisherigen Strategie und Theorie beginnen wollten.

Dieser innerlinke Zwist bestimmte den Wiesbadener Bundeskongreß im Jahre

---

50 zitiert nach: Vorstand der SPD (Hrsg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1973 - 1975, Bonn-Bad Godesberg o. J., S. 468

51 ebenda, S. 469

52 ebenda, S. 468 f.

53 ebenda, S. 469

1975. Getragen von den vereinten oppositionellen Juso-Strömungen brachte der Bezirk Westliches Westfalen einen Alternativantrag zur Vorlage des Bundesvorstands zum Thema Reform und Staat ein, dessen Grundpositionen überraschend die Mehrheit der Delegierten fanden (54).

Der Alternativantrag sprach sich für eine staatliche Reformpolitik zur Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen aus, verwarf jedoch einen politischen Reformismus, der es ablehne, die kapitalistische Verwertung grundsätzlich anzutasten und weiterhin die Illusion hege, den Kapitalismus über eine Reformpolitik der kleinen Schritte überwinden zu können. Eine solche Reformpolitik treffe notwendigerweise auf ökonomische Widerstände und politische Hemmnisse, an denen auch sozialdemokratische Regierungen im Kapitalismus scheitern mußten. Diese „Systemgrenze“ gegenüber einer sozialistischen Gesellschaft könne nur unter der Voraussetzung der vorherigen Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse überwunden werden.

Mit dem Argument, die Position des oppositionellen Papiers sei für die SPD nicht integrierbar und für den Bundesvorstand nicht innerhalb der Partei vertretbar, drohten die der Bundesvorstandslinie verpflichteten Mitglieder des Juso-Vorstands von einer erneuten Kandidatur abzusehen, wenn nicht ihr Positionspapier angenommen und die Nichtwahl des Hamburger Stamokap-Vertreters Detlev Albers, und auch des bisherigen Minderheitenvertreter im BuVo, des Berliners Klaus-Uwe Benneter akzeptiert würden. Das Positionspapier erwähnte weder die aktuelle Krise noch die Machtverschiebungen in der Bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die strukturellen und die politischen Widerstände, die der Juso-Strategie entgegenstehen wurden nicht diskutiert. Das Papier gipfelte in der Erkenntnis, daß „theoretischer Anspruch und praktische Arbeit in der AG und der Gesamtpartei nicht auseinanderfallen dürfen.“ (55)

Die Delegierten stimmten unter Druck zu, und die Jusos begnügten sich zunehmend mit der Funktion, die „Aufgabe oder Verschleppung der Reformpolitik durch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung (etwa am Beispiel der Steuerreform, wo aus einem Jahrhundertwerk Stückwerk wurde, am Beispiel der Reform der beruflichen Bildung oder der Diskussion um die paritätische Mitbestimmung) nur nach links abzusichern“. (56)

Nicht wenige aktive Jungsozialisten in den Grundorganisationen und im Funktionärskörper resignierten und zogen sich aus der politischen Arbeit zurück. Die zunehmende Kluft zwischen sozialistischem Anspruch und den eigenen Handlungsmöglichkeiten als Teil der regierenden SPD führten gleichzeitig zu einer starken Polarisierung innerhalb der Jungsozialisten zwischen den Anhängern des auf den Zusammenhalt der Partei bedachten Bundesvorstands und den nach neuen Wegen strebenden ‚marxistischen‘ Jungsozialisten, um die ‚Stamokaps‘ und die ‚Antirevisionisten‘. Diese vereinigten sich auf dem Hamburger Bundeskongreß und lösten den alten Bundesvorstand ab.

---

54 Vgl. Wolfgang Krause, Andreas Wehr, Hans Willi Weinsen: Zwischen Anpassung und sozialistischer Politik. Zur Geschichte der Jungsozialisten seit 1945, Berlin 1975, S. 104 ff.

55 ebenda, S. 124

56 ebenda, S. 36 f.

## 7. Die begrenzten Perspektiven der Juso-Arbeit

Angesichts des desolaten Zustandes der Jungsozialisten im Gefolge des Parteiausschlusses des eben gewählten Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter erscheint es nahezu obsolet, über Juso-Perspektiven zu diskutieren. Eine diskussionswürdige Schlußfolgerung aus der Juso-Entwicklung der 70er Jahre haben allein die sog. Antirevisionisten gezogen.

Vor wenigen Jahren verfochten sie noch eine Gewerkschaftsstrategie folgenden Inhalts:

„Soweit Jungsozialisten sich als bewußte Sozialisten in der SPD verstünden“, müßten sie strategisch die Tendenzen in den Betrieben und Gewerkschaften unterstützen, die nach dem Vorbild der italienischen Delegiertenbewegung darauf abzielen, daß die Arbeiterklasse die Kontrolle über ihre unmittelbaren Klassenorganisationen der Gewerkschaften zurückgewinnt. „Dies bedeutet aber eine Hintanstellung des Ziels innerparteilicher Einflußgewinnung deshalb, weil eine solche Strategie im Betriebsbereich und in den Gewerkschaften notwendig zu Konflikten mit der sozialdemokratischen Arbeiterbürokratie führen müsse.“ (57)

Die ‚Antirevisionisten‘ werteten die SPD als „Patronageorganisation der im öffentlichen Dienst beruflich Tätigen und Interessierten“ (58) und wollten in ihrer Praxis keineswegs dazu beitragen, „daß die sozialdemokratische Staatsbürokratie ihren glücklicherweise im Schwinden begriffenen Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückgewinne und so für eine weitere Generation jede wirkliche Emanzipation der Arbeiterschaft als Klasse verhindern könne“. (59)

Die ‚Antirevisionisten‘ flüchteten sich in eine Nur-Gewerkschaftsstrategie. Obwohl sie Sozialdemokraten waren, wollten sie die Bindung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften an die SPD abbauen und die Betriebsarbeit keineswegs für die als unmöglich analysierte Veränderung der SPD zur Klassenpartei instrumentalisieren. Die Strategie scheiterte bereits an dem Anachronismus, daß auch die ‚Antireformisten‘ nicht Gewerkschafter, sondern Jungsozialisten und zudem ‚Zwischengeschichtete‘ waren. Diejenigen von ihnen, die die SPD nicht gen Sozialistische Büro verließen, bauten die Berührungsgänge gegenüber der SPD ab und kamen zum Ergebnis, daß eine Jugend- und Nachwuchsorganisation, deren Mitgliedschaft an eine bestimmte Altersstufe gekoppelt ist, diese Begrenzung nicht einfach dadurch überspielen kann, daß sie sich zum Interessenvertretungsorgan der Lohnabhängigen ernannt. Die Hannoveraner ‚Antirevisionisten‘ plädierten heute für die Konzentration der Juso-Arbeit auf jugendliche Zielgruppen und den jugendpolitischen Bereich und bekommen Beifall von Peter v. Oertzen.

Beeindruckt durch den Juso-Erfolg bei den jüngsten Wahlen zum niedersächsischen Landeschülerrat betonte von Oertzen, daß die Arbeit der Jungsozialisten sich immer dann auszahle, wenn sie zielgruppenorientiert und mit der notwendigen or-

---

57 Detlev Albers/Helmut Korte/Kurt Neumann: Für ein sozialistisches Langzeitprogramm, Hamburg 1974, S. 90

58 ebenda, S. 89

59 ebenda

ganisatorischen Unterstützung durch die Partei, betrieben würde. Er zieht daraus die Konsequenz, daß es auch im Interesse der Partei sei, eine unabhängige Juso-Arbeit zu fördern, „auch dann, wenn die jungen Genossen manchmal sehr unbequem sind.“ (60)

Hintergrund der jugendpolitischen Wende der ‚Hannoveraner‘ mag die Erkenntnis sein, daß die Jusos eine eigenständige Praxis nur dann verwirklichen können, wenn diese zugleich auch Integrationserfolge für die Mutterpartei verspricht. Sie können nur dann progressive Politik effektiv betreiben, wenn sie diese Grundbestimmung für sozialdemokratische „Toleranz“ beachten und das Parteiinteresse berücksichtigen. Allein im weitgefächerten jugendpolitischen Bereich fallen die natürliche Affinität der Jungsozialisten und die Besorgnis der Gesamtpartei zusammen, relevante Einbußen gegenüber linkssozialistischer oder kommunistischen Gruppen oder Parteien zu erleiden. Der sozialdemokratische Antikommunismus im jugendpolitischen Bereich ist eine ausmachbare Chance für die Jusos, als kleineres Übel von der Sozialdemokratie akzeptiert zu werden und politische Freiräume zurück zu erkämpfen. Die jugendpolitische Ausrichtung der Juso-Praxis ist jedoch nur begrenzt realistisch. Die Jugendarbeit kann kaum denjenigen Mitgliedern oktroyiert werden, die in ganz anderen Berufszusammenhängen stehen.

Sie vernachlässigt aber auch die für die Motivlage des individuellen Jungsozialisten nicht eben unwichtige Funktion der Arbeitsgemeinschaft, im Rahmen der SPD-Linken innerparteiliche Opposition zu sein. Eben diese doppelte Motivlage bestimmt den ‚Normalfall‘ des linken Jusos, dessen SPD-Bindung nicht geringer als die der Gewerkschaften ist. Aber auch die ‚Stamokaps‘ sind für eine Konzentration auf die Jugendarbeit nicht zu gewinnen. Ihre Strategie ist stärker noch als die der Bundesvorstandsströmung binnengerichtet. Ihre Priorität der Veränderung von Mehrheiten und Ideologie der SPD-Politik verbietet eine Juso-Strategie, die darauf abzielt, „daß sich das in den verschärften Klassenauseinandersetzungen entwickelte Klassenbewußtsein allein als Druck von außen auf die SPD einwirkt“. (61) Die Stamokaps halten es dagegen für „notwendig“ und „möglich, daß sich Klassenbewußtsein vor allem auch bei den sozialdemokratisch organisierten und orientierten Arbeitern entwickelt und daß sich verstärkt klassenbewußte Arbeiter in der SPD organisieren“. Denn bei aller Anerkennung der äußeren Voraussetzungen halten sie den „aktiven Beitrag der klassenbewußten Kräfte in der SPD“ letztlich für den entscheidenden Faktor im Ringen um die Veränderung der Sozialdemokratie und erkennen „darin allerdings die vordringlichste Aufgabe, um dem Sozialismus in der Bundesrepublik näher zu kommen.“ (62)

Die Stamokaps betonen, die Schwierigkeiten und die Langwierigkeit, die die „prinzipiell lösbare Kampfaufgabe“ mit sich bringt, die SPD in „eine konsequent sozialistische Partei“ zu verändern (63). Die Hoffnungen auf einen sozialdemokratischen Lernprozeß schöpfen sie aus den westeuropäischen Entwicklungen, aus der allgemeinen Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen, aus der Existenz einer legalen

60 Vgl. SPD-Rundschau, Bezirk Hannover, Nr. 12/1976, S. 12

61 Detlev Alberts/Kurt Neumann, a.a.O., S. 114

62 ebd., S. 10

63 ebd., S. 9

kommunistischen Partei und aus der Existenz von Stamokap in der SPD (64).

Die ‚Stamokaps‘ wollen die SPD wieder zum handelnden Subjekt in den Klassenauseinandersetzungen gedeihen lassen (65). Das macht sie so unbeliebt. Innerhalb der Gesamtpartei werden die Klassenkampfpapieren und die ständige Forderung nach ‚Vergesellschaftung der Produktionsmittel‘ gefürchtet, zumal dies weder wählerwirksam erscheint noch der Parteifunktion entspricht, den sozialen Frieden gerade auch in der Krise zu garantieren. Das Ganze wird verschärft durch das ‚Theorem‘ der Einheit der Arbeiterklasse, gleichbedeutend mit der konzertierten Aktion von SPD (der Klassenpartei) und den Gewerkschaften. Eingeschlossen in die Klassengenossenschaft ist auch die legale kommunistische Partei, zumindest bei begrenzten Bündnissen. Auch den Gewerkschaften mißfällt so viel Nostalgie. Sie wittern hinter ‚Stamokap‘ nicht einmal zu Unrecht das alte Primat der politischen Partei und die Instrumentalisierung der Gewerkschaften. Die Gesamtlinke ist deshalb so wenig solidarisch, weil die Stamokaps sich als die bewußteren Sozialisten verstehen und ihren Führungsanspruch über den konzentrierten Aufbau von Gegeneliten vorbereiten. Die Stamokap-Position des primären Aufbaus von Klassenbewußtsein innerhalb der SPD mittels des ideologischen Kampfes und der Aussonderung der Klassenpreu kann den Jusos nur sehr wenig bieten. Sie abstrahiert weitgehend vom veränderten Parteicharakter der SPD und die Abhängigkeit der Jungsozialisten von gesellschaftlichem Außendruck. Auch die Sozialstruktur der Jungsozialisten korrespondiert nicht mit der ihnen zugewiesenen Aufgabe, Keime einer konsequent sozialistischen Klassenbewegung zu sein.

Die Jungsozialisten müssen sich mit einer beschränkten Aufgabe zurechtfinden. Ihr ‚natürliches Arbeitsfeld‘ ist der Reproduktionsbereich. Dort gibt es auch für sie, die „weitgehende und zunehmende Gemeinsamkeit von Interessen und Bedürfnissen der Werktätigen und der Mittelschichten gegenüber den destruktiven Tendenzen des modernen Kapitalismus zu unterstreichen und in Aktionen umzusetzen, ohne partiell Divergenzen zu übertünchen.“ (66) Auch diese Rolle wird begrenzt sein. Selbstinitiativ können sie mit Ausnahme des Jugendbereichs nur als Individuen, nicht aber als Arbeitsgemeinschaft sein. Ihre Hauptaufgabe wäre es, solche Aktionen, Interessen und Bedürfnisse öffentlich zu machen und innerhalb der Partei abzustützen und über die Partei rechtlich abzusichern. Die Juso-AG kann auch keine Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit leisten. Ihre Aufgabe ist es allein, betriebliche und gewerkschaftliche Forderungen innerhalb der Partei mitumzusetzen und sich dabei gegenüber der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen als verlässlicher Bündnispartner zu erweisen, deren Fortentwicklung als Multiplikator gewerkschaftlicher Forderungen von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche Relevanz eines reformistischen Flügels in der SPD ist.

Die AfA wurde jedoch bisher von der Masse der Jusos und ihrer Funktionäre nie ganz ernst genommen. Ihre Einschätzung der AfA als Hort sozialreformerischer Strömungen in der SPD ließ bei der Mehrheit der Jusos keine grundsätzlichen Diskussionen über den strategischen Stellenwert der AfA aufkommen. Jusos und AfA

64 Vgl. ebd., S. 9 f.

65 ebd., S. 8

66 Peter Brandt: Einheitsfront und Volksfront in Deutschland, in: Prokla 26, S. 71

laufen bis heute vielfach nebeneinander her. Die Doppelarbeit in der JS-Organisation und in der AfA rangiert auch bei denjenigen Jusos, deren Berufs- und Betriebsangehörigkeit eine AfA-Mitgliedschaft nahelegt, gewöhnlich hinter der Doppelstrategie von Juso-AG und den diversen Arbeitsfeldern der Stammorganisation der SPD. Die Ausrichtung der SPD als Kommunal- und Staatspartei ist auch bei den meisten linken Jungsozialisten internalisiert.

### III. Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

#### 1. Die Gründungsphase der AfA

Der Eintritt der SPD in die Große Koalition konkretisierte die Konflikte, die sich innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bereits in den Auseinandersetzungen um das Düsseldorfer Grundsatzprogramm des DGB und um die Notstandsgesetzgebung niedergeschlagen hatten. Der Streitpunkt, die Arbeiterpolitik den „neuen“ Inhalten und Motiven des Godesberger Kurses unterzuordnen oder aber an den traditionellen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Forderungen und Zielen festzuhalten, führte mit der Beteiligung der SPD an der Bundesregierung jedoch erstmals zu direkten Problematisierungen des Verhältnisses von SPD und DGB und zu konkreten Überlegungen über eine ‚Arbeitnehmerpolitik‘ auch innerhalb der SPD unter den veränderten Bedingungen der ‚Volkspartei‘. So forderte Ende 1966 z. B. Jakob Moneta im „express international“ die sozialdemokratischen Lohnabhängigen auf, sich nach dem Beispiel anderer Gruppen innerhalb der Partei stärker zusammenzuschließen (67). Von der Notwendigkeit einer neuen Grundlage für die Arbeiterpolitik in der SPD war auch der IG-Metall-Vorsitzende Ott Brenner überzeugt, als er sich im Mai 1967 auf der Landeskonferenz sozialdemokratischer Betriebsorganisationen in Bremen für eine deutliche Flügelbildung der „Arbeitnehmer“ in der SPD aussprach (68).

Während Brenner aus dem Wandel zur „Volkspartei“ die sich als Koalition verschiedener Interessen definierte, nun auch für die „Arbeitnehmer die Schlußfolgerung zog, als Konsequenz für ihren Einflußverlust die innerparteiliche Koalitionsfreiheit zu beanspruchen, (69) befürchtete der SPD-Bundesvorstand zum damaligen Zeitpunkt offensichtlich, daß eine spezifische Organisierung der Lohnabhängigen innerhalb der Partei in der Öffentlichkeit als Ausdruck einer wachsenden Entfremdung der SPD von ihrer Stammwählerschaft gewertet werden könnte. So verwahrte sich Brandt gegen eine Sonderorganisierung der „Arbeitnehmer“, da es sich bei ihnen im Gegensatz zu anderen Gruppen innerhalb der Mitgliedschaft um „keine Minderheit, auch keine Sondergruppe“ handele (70).

67 express international vom 19.12.1966, S. 5

68 Vgl. Horst W. Schmollinger: „Gewerkschafter in der SPD – Eine Fallstudie“, Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen (Hrsg.); a.a.O., S. 246

69 ebenda

70 ebenda, S. 254

Diese Reaktionen der Parteispitze waren gegen konkrete Versuche sozialdemokratischer Gewerkschaften in Rheinland-Pfalz, aber auch in Nord-Hessen gerichtet, „Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter“ (ASG) aufzubauen. Die im Jahre 1967 gegründeten ASG waren Ausdruck einer sich parallel zu den Jusos artikulierenden innerparteilichen Opposition von Gewerkschaftsfunktionären, die sich gegen „die Große Koalition“ und deren politische Resultate in der Wirtschaftspolitik und in der Notstandsgesetzgebung wandte. Hinter diesen Organisierungsvorhaben stand die unausgesprochene Formulierung einer „Doppelstrategie“.

Im Gegensatz zu den bis auf wenige Ausnahmen in den 60er Jahren entschlummerten „SPD-Betriebsgruppen“ und „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ sollten die von rheinland-pfälzischen DGB-Vorsitzenden Julius Lehlbach initiierten ASG keine sozialdemokratischen Untergliederungen sein, sondern auf der Organisationsebene des DGB konstituiert werden (71). Damit sollte der Gefahr begegnet werden, daß die ASG ebenso wie die Betriebsgruppen und die „Sozialen Arbeitsgemeinschaften“ der 40er und 50er Jahre zu einseitigen Propagandainstrumenten sozialdemokratischer Politik transformiert werden könnten. Gerade aber der umgekehrte Versuch, den gewerkschaftlichen Standpunkt auf allen Ebenen der Partei und gegenüber der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, traf auf nachhaltigen Widerstand in der Partei, aber auch in den Gewerkschaften. Der DGB-Bundesvorstand sah in der Organisation von Sozialdemokraten innerhalb des DGB einen Verstoß gegen das Gebot parteipolitischer Neutralität der Einheitsgewerkschaft (72). In der Tat war diese organisatorische Voraussetzung der Lehlbach'schen Konzeption illusorisch und nicht praktikabel. Hier zeigt sich anschaulich, das „Besitzdenken“ sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber dem DGB, denen es immer schwerfiel, die Motive für eine auch politische Einheitsgewerkschaft nachzuvollziehen. Der Grundgedanke der Lehlbach'schen Doppelstrategie, daß nur eine den Organisationsarmen der SPD entflohenen Arbeitsgemeinschaft zu „autonomen“ Formen der Interessenartikulation fähig sei, basierte jedoch auf einer bemerkenswerten Analyse der Integrations- und Kanalisierungskapazität der SPD. Die mögliche Autonomisierung der ASG von der SPD forderte dann auch den Widerstand SPD-konformer Gewerkschafter heraus, die in der ASG eine Waffe für solche „Ungewerkschafter“ sahen, die der SPD in den Rücken fallen und die Dominanz der Parteiführung in den politischen Fragen aufheben wollten. So beharrte der Ludwigshafener IG-Chemie-Vorsitzende, der SPD-Landtagsabgeordnete und heutige Bundesausschußvorsitzende der AfA Hans Schweitzer darauf, ohne inhaltlich auf die Argumentation der Lehlbach-Gruppe einzugehen, daß Versuche der Zusammenfassung von SPD-Mitgliedern grundsätzlich innerhalb der Partei zu erfolgen hätten (73).

Die Mitgift der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder, der Integrationskraft gegenüber den Lohnabhängigen als staatliche Handlungsgrundlage in der Krise, hätte bei Konflikten zum Bumerang werden können, wenn die Autonomie der Staatsinteressen im innerparteilichen Kompromißsystem durch die Lehlbach'sche Strategie

71 ebenda, S. 250

72 ebenda, S. 254

73 ebenda, S. 255

beeinträchtigt gewesen wäre. Die SPD war in den 60er Jahren nun nicht etwa zum Idealtypus der „wissenschaftlichen Volkspartei“ geworden. Mit der ‚Öffnung gegenüber allen Schichten des Volkes‘ verband sich nicht die Vorstellung eines institutionalisierten Gefüges der pluralen Willensbildung über innerhalb der Partei organisierte Interessengruppen. Das formale Monopol der Parteiorganisation in der Willensbildung wurde nicht angetastet. Die Parteiführung als Repräsentant der Parteiorganisation wollte seine traditionell herausragende Stellung innerhalb der Parteihierarchie beibehalten und sich das Recht vorbehalten, Form und Inhalt des Interessenskompromisses „autonom“ ohne Mitwirkung innerparteilicher „pressure-groups“ zu formulieren. Organisierte „Sonderinteressen“ innerhalb der SPD sollten nur als „Arbeitsgemeinschaften“ tätig sein und vornehmlich die Aufgabe wahrnehmen, nach außen zu wirken und besondere Zielgruppen in der Wählerschaft anzusprechen.

Den „Arbeitnehmern“ als wichtigster Gruppe in der Mitgliedschaft und unter den Anhängern wollte der Parteivorstand zu Beginn der Großen Koalition nicht einmal diesen Status einräumen. Eine solche Sonderorganisation hätte der in der Sozialdemokratie weit verbreiteten Fiktion der grundsätzlichen Identität von Allgemeinwohl und Arbeitnehmerinteresse widersprochen. Auch gab es während und unmittelbar nach der Rezession keine von der SPD als Gefährdung ihrer Integrationskraft gewerteten Masseneruptionen innerhalb der Arbeiterschaft wie etwa die „wilden“ Streiks des Jahres 1971 im unmittelbaren Vorfeld der AfA-Gründung.

Die ASG lösten sich Ende 1967/Anfang 1968 wieder auf. Die Lehlbach'sche Konzeption einer ‚pressure group‘ war im Jahre 1966 dem Bewußtsein der breiten Mitglied- und Anhängerschaft unter den Lohnabhängigen weit voraus. Zudem hatten die Funktionärskreise um Lehlbach „sozialdemokratisch“ gehandelt. Zur Abwehr rascher Parteiinterventionen während der Gründungsphase der ASG wollten die Gewerkschaftsfunktionäre durch die schnelle Einrichtung der ASG von „oben“ die Parteibürokratie vor vollendete Tatsachen stellen. Die Mobilisierung der Basis sollte, schon damit ihnen das Konzept nicht entglitt, in einer späteren Stufe erfolgen. Der Widerstand gegen die Parteiinterventionen war eher hilflos. Die ASG-Funktionäre waren auch treue Sozialdemokraten, die der Vorwurf der Illoyalität schwer traf.

Der Versuch der Bundesregierung, die latenten Interessenunterschiede zwischen Regierung und Gewerkschaften über die ‚konzertierte Aktion‘ in einem umfassenden gesellschaftlichen Kooperationsverhältnis aufzuheben fand sein innerparteiliches Pendant im 1968 gegründeten Gewerkschaftsrat der SPD; diese Gründung war auch eine Reaktion auf den Nürnberger Parteitag der SPD. Auf ihm artikulierte sich erstmals seit den 50er Jahren wieder eine starke innerparteiliche Linke, die maßgeblich auch von Gewerkschaftern insbesondere der IG Metall getragen wurde. Dabei wurden erstmals „deutlicher die Nachteile der Großen Koalition für die Arbeiterschaft herausgestellt“. (74) Wie schon die ASG zeigte auch dieser Parteitag, „daß die Funktion der SPD, die Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu integrieren, durch das allzu offene Bündnis mit der politischen Interessenvertretung der Unternehmer in der Großen Koalition problematisch geworden war“. (75)

74 Bodo Zeuner: „Das Parteiensystem in der Großen Koalition (1966 - 1969)“, in: Dietrich Staritz (Hrsg.) Das Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1976, S. 192

75 ebenda, S. 193

Die Parteiführung der SPD konnte das Problem eines sich nunmehr auch innerhalb der Partei anzeigenden Einflußverlustes auf Teile der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsfunktionäre nicht länger wie in den Stellungnahmen gegenüber der ASG ignorieren, da sich die Kritik an der Wirtschafts-, Einkommens- und Sicherheitspolitik der GK verschärfte.

Die Notwendigkeit neuer Hebel für die „Arbeitnehmerpolitik“ wurde einsichtig und die SPD wollte sich nicht wie im Falle Lehlbach mit neuen Initiativen von „unten“ konfrontiert sehen. Folglich wurde die Reorganisation der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit akribisch vorbereitet und von der Vorstandsebene her gestaltet.

Mit der Einrichtung des Gewerkschaftsrats, dem unter der Führung des Parteivorstizenden u. a. der DGB-Vorsitzende und die sozialdemokratischen Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und anderer Gewerkschaften außerhalb des DGB angehören, wurde das Netz sozialdemokratischer Randorganisationen zu den Gewerkschaften von der obersten Hierarchieebene her geflochten. Begleitet wurde die Fundierung des Verhältnisses SPD und DGB auf der Spitzenebene der sozialdemokratischen Bewegung von der Aktivierung des zu Beginn der 60er Jahre erstmals erwähnten Beirats für Arbeitnehmerfragen beim Parteivorstand, dessen Aufgabe die Koordinierung und Anleitung sozialdemokratischer Betriebsarbeit ist. Erster Höhepunkt dieser Aktivitäten war die erste Bundesarbeitnehmerkonferenz der SPD im Oktober 1970, der zu den Themen Betriebsverfassungsgesetz, Betriebsratswahlen und Bundestagswahl 1972 eine größere Zahl regionaler Arbeitnehmerkonferenzen folgten. Die Aktivierung „gewerkschaftlicher und betriebspolitischer Spitzengremien“ bereitete die Gründung einer einheitlichen und „alle Ebenen der Parteigliederung“ (76) umfassenden Organisationsform sozialdemokratischer Lohnabhängiger – die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) – vor, deren Gründung auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 beschlossen wurde. Der Aufbau der AfA begann nach der Bundestagswahl 1972.

Die AfA, die anders als die ASG eine Gliederung im Rahmen der SPD-Organisation ist, wurde spätestens dann zur funktionalen Notwendigkeit für die SPD, als mit den Spätwirkungen der Großen Koalition, den spontanen Streiks von 1969, die sich in den frühen 70er Jahren fortsetzten, und mit dem Aufkommen linker Tendenzen in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Massenloyalität und die sozialdemokratische Monopolstellung im Produktionsbereich erstmals seit den frühen 50er Jahren gefährdet schien. Die AfA als Integrationsangebot und Kanalisierungsinstrument steht also durchaus in einer geschichtlichen Reihe mit den sozialdemokratischen „Befriedigungsknüppeln“, den „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ der SPD und der Gewerkschaften, dem Berufsverbot und den Bestrebungen innerhalb der SPD, die spontanen Streiks über die Gewerkschaftsführungen zu diskriminieren. In diesem Sinne liebäugelten auch manche rechtssozialdemokratischen Kreise mit dem Gedanken, die AfA durch die Mobilisierung der in der Arbeiterschaft anzutreffenden Antiintellektualismusströmungen zum Antipoden einer durch die Jusos befürchteten Linksentwicklung in der SPD zu machen.

In die Gründungsgeschichte der AfA fällt aber auch die Polarisierung in der Ost-

---

76 Karl Bachsleitner: Zur Entstehung und Funktion der AfA als ‚Arbeitnehmerflügel‘ der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Juli 1976, S. 804

politik, Mobilisierung der Reformervwartungen während der Brandt/Scheel-Regierung; die Modernisierungsideologie war zugleich Ausdruck und Beschleuniger eines wachsenden und durch die gesellschaftlichen Konflikte zunehmend kritischer werdenden Interessenbewußtseins bei den Lohnabhängigen. Kritisches Bewußtsein und SPD-Bekanntnis waren dabei kein Gegensatz; die SPD mußte die von der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden erzwungene gesellschaftliche Polarisierung insbesondere im Wahljahr 1972 annehmen und gab sich – eher unfreiwillig – als arbeitnehmerorientierte „linke Volkspartei“.

Wenn wir die Entwicklung der AfA von 1973 bis heute nachzeichnen, dann nur im Zusammenhang mit der Frage, ob sich in der SPD ein linker Flügel herausbildet. Der Blick auf die Geschichte soll herausfinden helfen, welche Rolle die AfA dabei spielt (77).

Nur weil in der AfA die sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten organisiert sind, kann sie nicht allein deshalb als die potentielle linke Gruppierung in der SPD angesehen werden. Die Absichten des Parteivorstandes bei der Gründung der AfA, aber besonders auch Bewußtsein und unterschiedliche Klassenerfahrung der sozialdemokratischen Lohnabhängigen lassen wenig Zweifel, daß die AfA ein weiterer Transmissionsriemen für den Transport der Vorstellungen einer sozialreformerischen Mehrheit in der SPD sein soll und sicherlich zu guten Teilen auch ist. Die Organisationsstruktur aber läßt es immerhin auch möglich erscheinen, daß sich in der AfA Interessen und Bedürfnisse von Lohnabhängigen artikulieren, die mehr mit reformistischen Vorstellungen in Einklang stehen. Wenn daher im folgenden kurz auf Aufbau und Entwicklung der AfA seit 1973 eingegangen wird, steht die Frage im Vordergrund, ob, wie und mit welchen Folgen die AfA auch dazu beiträgt, daß reformistische vielleicht sogar kämpferisch vertretene reformistische Forderungen von sozialdemokratischen Arbeitern und Angestellten laut werden.

Hier muß jedoch sogleich eine Einschränkung gemacht werden. Die „Quellenlage“ für die AfA, ist schlecht. Es gibt fast nur offizielle und offiziöse Dokumente und Verlautbarungen des Bundesvorstandes, neuerdings auch noch die – gemessen an der Zahl der Betriebsgruppen – wenigen Betriebszeitungen. Über das Agieren der Betriebsgruppen und über die Möglichkeit, die Probleme der Betriebsgruppen als politische Forderungen auf höheren Ebenen der AfA oder sogar der Gesamtpartei wiederzufinden, lassen sich daher nur wenige Aussagen eindeutig und direkt belegen.

## 2. *Zur Struktur der Organisation*

Die vom Parteivorstand der SPD am 24.6.1972 beschlossenen ‚Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen‘ lassen keinen Zweifel darüber, wie der Parteivorstand die Priorität setzt (78).

77 Vgl. als notwendige Ergänzung zur AfA-Analyse Bodo Zeuner, a.a.O., S. 3 - 33, in dem das hier ausgesparte Verhältnis von SPD und DGB problematisiert wird.

78 Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, beschlossen vom Parteitag am 24.6.1972, in: Soziale Demokratie verwirklichen, Dokumentation: Bundeskonferenz

Die „Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft“ sagen unter Punkt 1 „Die Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen mit der Politik und den Zielen der Partei vertraut zu machen und die Partei durch die Gewinnung neuerer Mitglieder zu stärken“. In den „praktischen Hinweisen“ für sozialdemokratische Betriebsarbeit heißt es deutlicher (79): „Politische Hauptaufgabe ist es, die SPD so nahe wie möglich an den Arbeitsplatz und die Erfahrungswelt der Arbeitnehmer heranzuführen“. In den anschließenden Passagen ist zwar stets und gleichberechtigt davon die Rede, daß „die Interessen der Arbeitnehmer in der politischen Willensbildung zur Geltung zu bringen“ seien und daß ein „wechselseitiger Willensbildungsprozeß zwischen Arbeitnehmern und Sozialdemokratie“ stattzufinden habe. Aufbau und Gliederung der Arbeitsgemeinschaft (80) geben aber weitere Hinweise, daß die Schiene von oben nach unten weitaus besser geschmiert ist als umgekehrt. In Betrieben und Verwaltungen sollen Betriebsgruppen gebildet werden, in Ortsvereinen können, in Unterbezirken und Bezirken werden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen gebildet. Bereits die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft in den Unterbezirken macht deutlich, daß die propagierte Basisorientierung schon hier einen Knacks erhält. Sie besteht aus: den Mitgliedern der Betriebsgruppen, den Vertrauensleuten, den SPD-Mitgliedern in Betriebs- und Personalräten, den SPD-Mitgliedern in den örtlichen Gewerkschaftsvorständen und den SPD-Mitgliedern die hauptamtlich in den Gewerkschaften sind. Alle diese Funktionäre sind durch das Amt stimmberechtigte Mitglieder und nicht als Einzelmitglied einer Betriebsgruppe. Sie können also, ohne die betriebliche Diskussion mitgeführt zu haben, auch ohne daß die Kollegen sie bei der aktiven Vertretung von Interessen kennengelernt haben, die Delegierten für die nächst höhere Instanz, für die Arbeitnehmerkonferenz der Bezirke mitwählen und natürlich sich auch wählen lassen. Die so zustandegekommene Bezirkskonferenz wählt die rund 300 Delegierten für die Bundeskonferenz, auf der alle zwei Jahre der Bundesvorstand gewählt wird.

Die immer wieder betonte Notwendigkeit einer Wechselseitigkeit der Einflußnahme, also auch von unten nach oben, wird zusätzlich erschwert durch den Charakter der Arbeitsgemeinschaft. Nach dem Willen des Parteivorstandes ist eine Arbeitsgemeinschaft „keine Gliederung im Sinne des Organisationsstatuts“ (81), das heißt: auch die AfA hat kein Antragsrecht auf den Parteitag. Die Betriebsorganisation der Partei kann aus dem Zusammenhang ihrer Diskussion keine Anträge formulieren, sondern die einzelnen Kollegen müssen Forderungen der Betriebsgruppe in den Ortsvereinen als Anträge durchzusetzen versuchen. Da die Kollegen oft in verschiedenen Ortsvereinen organisiert sind, wird der gemeinsame Diskussionszusammenhang zerrissen.

---

der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen 19. - 21. Oktober 1973, in Duisburg, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., Anhang S. 126 - 129

79 Praktische Hinweise für sozialdemokratische Betriebsarbeit, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., S. 3

80 Vgl. Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft . . . , a.a.O.

81 ebenda, S. 126

### 3. *Widersprüchliches auf der 1. Bundeskonferenz 1973*

Politischer Auftrag und Organisationsstruktur behindern die unmittelbare Artikulation von Interessen der betrieblichen Angehörigen der AfA, sie machen sie aber nicht unmöglich. Der Ablauf der 1. Bundeskonferenz der AfA vom 19. bis 21. Oktober 1973 in Duisburg liefert dafür Belege (82). Der sichtbar gewordene Dissens ist aber ein wichtiger Hinweis darauf, wie sich die Auffassungen von sozialdemokratischen Kollegen in den Betrieben in wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen von den Zielen einer sozialreformerischen Mehrheit unterscheiden.

Zur Frage der Preis- und Investitionspolitik wurde folgender Antrag geschlossen (83):

„Die SPD-Arbeitnehmerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, ein Instrumentarium für ein aktives Eingreifen in die Preis- und Investitionspolitik der Unternehmen zu entwickeln. Dabei geht es auch um die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Boden. Die öffentlich kontrollierten Preise für Gas, Wasser, Verkehrstarife und Post müssen unverzüglich eingefroren werden.

Maßnahmen zur Preisdämpfung durch Steuererhöhung sind untauglich, wenn nicht gleichzeitig die Umwälzung der Steuererhöhungen auf die Verbraucher verhindert wird. Die letzten Monate beweisen, daß dem wirtschaftlichen und politischen Machtmißbrauch der Großunternehmen und Großbanken nur dadurch begegnet werden kann, wenn die DGB-Grundsatzforderungen zur Vergesellschaftung der Banken, Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen durchgesetzt werden.

Die Arbeitnehmerkonferenz fordert die Bundesregierung auf, gesetzliche Maßnahmen einzuleiten, die die Investitionslenkung und -steuerung sowie Banken und Kreditkontrollen absichern. An diesen Maßnahmen müssen die Gewerkschaften beteiligt werden.“

Und zur Frage der Mitbestimmung heißt es (84):

„Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der gesamten Großwirtschaft ist eine langjährige Forderung sowohl unserer Partei als auch der DGB-Gewerkschaften. Ihre Durchsetzung darf nach dem Wahlerfolg des vergangenen Herbstes, der auf eine in der Geschichte der BRD beispiellose breite Mobilisierung zurückzuführen war, nun nicht länger auf sich warten lassen. Unsere Forderung lautet daher: Sofortige Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung ohne Einschränkung und Kompromisse, und zwar auch im Dienstleistungsgewerbe und öffentlichen Dienst.

Wir dürfen hierbei jedoch nicht der Illusion erliegen, daß dies lediglich durch parlamentarische Beratungen möglich wäre. Wie das Verhalten der Unternehmerverbände, der CDU/CSU und der FDP deutlich zeigt, ist die Durchsetzung unserer Mitbestimmungsforderungen eine Kampfaufgabe für die demokratische Arbeiterbewegung, die nur gegen den erbitterten Widerstand des Monopolkapitals, der Reaktion und der ewig Gestrigen in unserem Land zu unseren Gunsten entschieden werden kann.

---

82 Vgl. Soziale Demokratie verwirklichen, a.a.O.

83 Angenommene Anträge und Entschlüsse der Bundeskonferenz der AfA vom 19. - 21. Oktober 1973, in Duisburg, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J., S. 15 f.

84 ebenda, S. 39

Der Bundesvorstand der AfA wird beauftragt, in den nächsten Monaten massive Aktionen, insbesondere Kundgebungen und Demonstrationen für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Mitbestimmungsforderungen zu organisieren. Hierbei ist eine Zusammenarbeit insbesondere mit den DGB-Gewerkschaften anzustreben.“

Im ersten Antrag wird dabei „staatliche Lenkung“ im Interesse der Lohnabhängigen nur bei „einschneidender Veränderung der Besitzverhältnisse“ für möglich gehalten. Damit wird die politische Forderung in einen Zusammenhang gestellt, der auch bei Jungsozialisten nicht selten auseinandergerissen wird zugunsten einer Stufenfolge, bei der eine „staatliche Lenkung“ erst zur „Veränderung der Besitzverhältnisse“ führen soll. Im zweiten Antrag – zur Mitbestimmung – beeindruckt vor allem, wie Durchsetzung von Mitbestimmungsforderungen beabsichtigt ist. Die Formulierungen erinnern eindeutig an Vorstellungen eines „kämpferischen Reformismus“, der sich bewußt nicht auf Appelle an parlamentarische Institutionen beschränkt. Freilich bleibt die Frage, welche Wirkung und welche Folgen diese in Form und Inhalt neuen Töne hatten.

Wenn allerdings die Politik des Bundesvorstandes nach dem Ende der Bundeskonferenz 1973 betrachtet wird, so können keine Illusionen darüber entstehen, welche direkten Auswirkungen die beschlossenen Anträge hatten. Trotzdem bestätigen sie die Vermutung, daß reformistische Positionen wie sie von den Jungsozialisten und – begrenzter – von Alt-Linken vertreten werden, sich auf eine soziale Basis in der Gesamtpartei berufen können. Sicherlich haben deshalb reformistische AfA-Mitglieder und jungsozialistische Theoretiker damit noch nicht zueinander gefunden und auf keinen Fall darf deswegen die gesamte AfA als potentielle soziale Basis eines reformistischen Flügels angesehen werden.

#### 4. *Zwischen den Bundeskonferenzen*

Die politische Praxis des ohne Widerspruch gewählten Bundesministers Helmut Rohde zum 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sorgte dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Er ließ keinen Zweifel an seiner Absicht, mit dem Vehikel AfA sozialdemokratische Regierungspolitik besser zu verkaufen. Die Verlautbarungen und Beschlüsse des Bundesvorstandes aus dieser Zeit liefern dafür viele Beispiele.

Als mit der Formulierung eines Gesetzentwurfs zur Mitbestimmung durch die sozialliberale Koalition die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung zwischen den Koalitionspartnern ein vorläufiges Ende fand, war allen Beteiligten klar, daß dieser Entwurf nicht den Vorstellungen von einer paritätischen Mitbestimmung entsprach, wie sie von Sozialdemokraten auf der 1. AfA-Bundeskonferenz formuliert worden waren. Der Bundesvorstand der AfA setzte sich nach Veröffentlichung des Entwurfs ‚kritisch‘ (85) mit ihm auseinander. Aber die Forderung der Delegierten nach kämpferischem Eintreten für ihre Vorstellungen von Mitbestimmung durch Aktionen, De-

---

85 Vgl. Kommunique über die Sitzung des Bundesausschusses der AfA am 28.2.1974, in Bonn, in: Pressemitteilungen der SPD vom 1.3.1974

monstrationen und Kundgebungen wird dabei mit keinem Wort erwähnt. Der Vorstand setzt lediglich eine Kommission ein, die ihre Vorschläge in die Beratungen der parlamentarischen Gremien einbringen soll. Im Rechenschaftsbericht des Vorstandes für die 2. Bundeskonferenz im Bremen werden die Delegierten schließlich auch noch für dumm verkauft (86). Dort wird ohne Erläuterung auf den Gesetzentwurf der Bundesregierung verwiesen, wenn im Bericht auf die Frage nach der Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung eingegangen wird.

Bei der Durchsetzung des erklärten Willens der AfA, die Öffentlichkeitsarbeit für die Partei auch in den Betrieben effektiver zu betreiben, war dagegen der Bundesvorstand weitaus aktiver.

Zunächst galt es, den organisatorischen Aufbau der AfA in Angriff zu nehmen. Bis 1975 wurde die Zahl der Betriebsgruppen auf 3.000 erhöht und auf Unterbezirksebene wurden 248 Arbeitsgemeinschaften gebildet (87). Große finanzielle und organisatorische Anstrengungen wurden gemacht, um die publizistische Vermittlung zu verbessern. Das – sozialdemokrat magazin –, für alle SPD-Mitglieder erscheinend, behandelt zweimal im Jahr vorrangig Arbeitnehmerfragen; die „debatte“ Zeitschrift für Arbeitnehmer wird viermal im Jahr mit einer Auflage von 2 Millionen herausgegeben; alle AfA-Funktionsträger erhalten monatlich den „Informationsdienst – Betriebspolitik“ und bei Bedarf Dokumentationen zu aktuellen Fragen (88).

## 5. Die Betriebszeitungen der SPD

In diesem Zusammenhang wird seit der 1. Bundeskonferenz auch die Herausgabe von Betriebszeitungen initiiert und besonders hilfreich gefördert. Die Betriebszeitungen der SPD-Betriebsgruppen sind anders als die Beschlüsse der Bundeskonferenzen eine Quelle, in denen direkt ablesbar sein könnte, wie Sozialdemokraten in den Betrieben agieren (89).

Der Herausgabe von Betriebszeitungen wurde erst nach der 2. Bundeskonferenz in Bremen vom 13. bis 15. Januar 1975 verstärkt in Angriff genommen. Aber bereits Beschlüsse des Bundesvorstandes vor der Bremer Konferenz, die angenommenen Anträge in Bremen selbst zu dieser Frage und die Aktivitäten des Bundesvorstandes danach machen deutlich, daß die Bundestagswahl 1976 beim verstärkten Ausbau eines Betriebszeitungsnetzes eine wichtige Rolle spielt.

Noch zu Beginn des Jahres 1976 gab es erst 20 Betriebszeitungen, Ende August dagegen bereits 55. Im Jahre 1975 wurde die Herausgabe der Zeitungen sorgsam und zentral vorbereitete. Beim Bundesvorstand wurde ein „Service für Betriebs, Orts- und Stadtteilzeitungen“ eingerichtet. Der Verantwortliche ließ fertige Artikel und Karikaturen als Matern herstellen, die von Bonn aus an alle Interessenten verschickt wur-

86 Vgl. Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes und Bundesausschusses der AfA zur Bundeskonferenz der AfA in Bremen vom 13. - 15. Juni, Teil C, S. 8

87 ebenda, Teil A, Vorwort

88 ebenda, Teil A, S. 19 f.

89 Die folgende Analyse stützt sich auf eine Auswertung der im ZI 6 der FU gesammelten SPD-Betriebszeitungen.

den. Die Friedrich-Ebert-Stiftung richtete Seminare für Redakteure von Betriebszeitungen (die meist noch gar nicht existierten) ein, die Seminarteilnehmer fertigten Probenummern von Betriebszeitungen an, die zumindest in der Form Vorbild für den größten Teil der Betriebszeitungen wurden. Die zentrale Vorbereitung der Herausgabe der Betriebszeitungen durch die Arbeitsgruppe Betriebszeitungen beim Bundesvorstand der AfA schlägt sich noch heute in den Regionen nieder. So werden z. B. alle Betriebszeitungen für den Hamburger Druckbereich von dem Hamburger Mitglied der Arbeitsgruppe verantwortlich herausgegeben. Hier wie auch in anderen Regionen wie z. B. im Rheinland, wo auch zum Teil für die unterschiedlichsten Betriebe inhaltlich und formal – nur der Betriebsname wechselt – fast völlig identische Zeitungen erscheinen, kann zu Recht bezweifelt werden, ob diese Betriebszeitungen von einer aktiven Betriebsgruppe getragen werden.

Von den 55 im August 1976 existierenden Betriebszeitungen stammen 30 aus gewerblichen Betrieben, 6 aus gewerblichen Branchen, 6 aus einzelnen Ämtern und Verwaltungen des Öffentlichen Dienstes, 1 aus einem Bereich des Öffentlichen Dienstes (Post) und 12 aus AfA-Regionen und Bezirken für Arbeitnehmer der gesamten Region.

Die meist vierseitigen Zeitungen übernehmen fast alle zumindest für die zwei Innenseiten Matern vom Bonner „Service für Betriebszeitungen“. Schwerpunkt ist die Werbung für die SPD durch die Vorstellung als SPD-Betriebsgruppe, die die Zeitung herausgibt, durch Hinweise und Berichte von AfA-Veranstaltungen und besonders durch die Darstellung von einzelnen zu begründenden Maßnahmen und Gesetzen der SPD geführten Regierung. Ab Frühjahr 1976 überwiegt dann die Wahlwerbung für die SPD: die SPD Kandidaten der Region werden vorgestellt und zum Teil aggressive Artikel gegen die CSU und CDU, aber auch gegen die FDP erscheinen. Bei der Vorstellung der Kandidaten wird kein Unterschied zwischen linken oder rechten Bewerbern gemacht, im Gegenteil, die loyale Haltung allen Kandidaten gegenüber wird noch zusätzlich mit der Notwendigkeit zum Zusammenhalten begründet. Dagegen kann zumindest, soweit die Betriebszeitungen darüber etwas aussagen, durchaus davon gesprochen werden, daß auf betrieblicher Ebene die SPD die von der CDU etwa im Ruhrgebiet betriebene Polarisierung annimmt und anders als der allgemeine laue Wahlkampf der SPD erwarten ließ, mit harten Bandagen zurückschlägt. Von den 55 Betriebszeitungen nehmen nur 30 überhaupt auf die betriebliche Situation Bezug, meist nur in einem Artikel oder gar in Gestalt von Informationen über die Verlegung von Betriebsparkplätzen, über Jubiläumsfeiern und Rentnertreffen. Etwa 20 Zeitungen behandeln auch betriebliche Probleme, davon stellen aber nur 10 diese Probleme auch als Konflikt dar, zu dem es Stellung zu nehmen gilt. Diese Zeitungen existieren jedoch fast durchweg schon länger als ein Jahr.

Der kurze Überblick über die Betriebszeitungen der AfA zeigt, daß zur Zeit kaum etwas über die Möglichkeit ausgesagt werden kann, ob die Betriebszeitungen tatsächlich Organ von funktionierenden Betriebsgruppen werden, in denen betriebliche Konflikte kontrovers diskutiert werden. Noch schwerer kann damit belegt werden, ob die SPD-Betriebsgruppen für reformistische Ziele kämpferisch eintreten.

Die vom AfA-Bundesvorstand verstärkte betriebene Öffentlichkeitsarbeit stand

seit 1975 sicherlich im Zeichen des Wahlkampfes, sie war aber auch eingebettet in die Ziele der Gesamtpartei, durch verstärkte „Vertrauensarbeit“ verloren gegangenes Terrain besonders bei den sozialdemokratischen Lohnabhängigen wieder zu erobern. Schon auf dem Mannheimer Parteitag, der ganz der Propagierung von Einheit und Geschlossenheit diente, war man sich in dieser Frage tatsächlich einig: die Vertrauensarbeit – die Jusos hatten in diesem Begriff ihre Vorstellungen von Doppelstrategie aufgehoben – war zu intensivieren. Ein Mittel dazu sollten die Stadtteil-, Orts- und besonders die Betriebszeitungen sein.

Bislang überwiegt wegen der zentral von oben zielstrebig angekurbelten Herausgabe der Zeitungen noch die Tendenz, sie nur als Sprachrohr zur Propagierung von SPD-Regierungspolitik zu benutzen. Diese Tendenz bleibt sicher auch weiterbestehen. Es muß aber nicht so bleiben, daß sie überwiegt. Vor der Wahl im Herbst 1976 war es auch für aktive Betriebsgruppen selbstverständlich, dieser Tendenz Vorrang einzuräumen. Man muß abwarten, um genauer sagen zu können, ob die Zeitungen auch zum Sprachrohr der Interessen und Bedürfnisse von sozialdemokratischen Betriebsangehörigen gemacht werden. Dabei wird die Praxis in den verschiedenen Betrieben sicherlich sehr unterschiedlich sein. In Betrieben, wo die SPD-Betriebsgruppe aus einem Betriebsfürsten nebst Fußvolk besteht, wird sich sicher wenig ändern, es ist sogar wahrscheinlich, daß hier viele Betriebszeitungen wieder einschlafen. In den Betrieben, wo auch Sozialdemokraten als aktive Interessenvertreter der Kollegen in den Betriebsrat gewählt wurden, wo eine aktive Ortsverwaltung der Gewerkschaften besteht und wo das politische Umfeld der Gesamtpartei „links“ orientiert ist, kann die SPD-Betriebsgruppe gar nicht anders, wenn sie vor den Kollegen bestehen will, als die Betriebszeitung auch als Sprachrohr der Interessen von Kollegen zur Verfügung zu stellen.

## 6. *Die Bundeskonferenz in Bremen 1975*

Rohde stellt auf der Konferenz in Bremen 1975 fest: „In der politischen Willensbildung der Partei und in den Parlamenten haben die sozialdemokratischen Arbeitnehmer an Gewicht gewonnen.“ (90) Diese Aussage kann bezweifelt werden. Generell kann gesagt werden, daß die Politik des Bundesvorstandes in Bremen prinzipiell nicht in Frage gestellt wurde. Schon die fast ohne Gegenstimmen erfolgende Wiederwahl von Helmut Rohde als Vorsitzenden bestätigt das. Aber unterhalb der Ebene einer prinzipiellen Kritik zeigt sich bei Betrachtung der behandelten Anträge eine ähnlich gerichtete, wenn auch im Tenor moderierte Kritik an allgemeinen Grundsätzen sozialdemokratischen Regierungspolitik.

Von der sozialen Struktur der Delegierten war auch nichts anderes zu erwarten. Allerdings sagt die soziale Zusammensetzung wenig über die politische Orientierung aus, sie gibt aber einige Anhaltspunkte darüber, wie schwer es Sozialdemokraten aus den Betrieben haben, sich auf Bundeskonferenzen der AfA durchzusetzen. Bevor daher auf die Behandlung einiger Anträge eingegangen wird, soll daher kurz die soziale

Struktur der Delegierten analysiert werden (91).

In Duisburg waren von 263 Delegierten 76 Arbeiter, 160 Angestellte und 27 Beamte. Von den Angestellten waren 74 Angestellte der Gewerkschaft. Von allen Delegierten kamen 111 aus der gewerblichen Wirtschaft, 64 aus dem Öffentlichen Dienst und 88 waren „Sonstige“. In Bremen waren von den 311 stimmberechtigten Teilnehmer, die alle gewerkschaftlich organisiert waren, 95 Arbeiter, 166 Angestellte und 50 Beamte. 154 Delegierte kamen aus der gewerblichen Wirtschaft, 80 aus dem Öffentlichen Dienst und 77 waren „Sonstige“.

Ob mehr Angestellte oder Arbeiter vertreten sind, sagt über die politische Orientierung noch gar nichts aus, da sowohl die sozialreformerische Mehrheit als auch die reformistische Minderheit ihre soziale Basis bei beiden hat und z. B. die aktiven Jusos sich besonders aus Angestellten des Öffentlichen Dienstes rekrutieren.

Hinter dem Begriff „Sonstige“ in der AfA-offiziellen Statistik aber verbirgt sich die Tatsache, daß ein großer Teil der insgesamt als Delegierte anwesenden Angestellten hauptamtliche Angestellte der Gewerkschaft oder der Partei sind, die nicht über ihre Betriebsgruppenzugehörigkeit, sondern durch ihre Funktion zu stimmberechtigten Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft auf Unterbezirksebene wurden und zu Delegierten auf den höheren Ebenen. Die Zahlen über die Zusammensetzung der Bundeskonferenz der AfA in Saarbrücken im Juni 1977 bestätigen die Tatsache, daß über 25 % der Delegierten die Interessen der Kollegen in den Betrieben nicht aus eigener täglicher Erfahrung kennen (91 a). Doch zurück zum Ablauf der Bundeskonferenz in Bremen. Insgesamt läßt sich festhalten, daß in Fragen, wo der Parteiführung hätte explizit widersprochen werden müssen, die Delegierten diesmal dazu neigten dem Konflikt aus dem Wege zu gehen. So zum Beispiel in der Frage der Berufsverbote, wo die Forderung nach Aufhebung des „Radikalen-Erlasses“ zurückgezogen wird zugunsten eines Antrages, der ein „rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren“ fordert und die ähnlich lautende Formulierung des Parteipräsidiums der SPD vom 11.6.1975 ausdrücklich begrüßt (92).

Noch deutlicher wird in Bremen diese Tendenz in der in Duisburg noch unerwartet beantworteten Frage der Mitbestimmung. Ein Antrag der ausdrücklich den „Koalitionskompromiß zur Mitbestimmung in Unternehmen aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen für unannehmbar“ hält, wird für erledigt erklärt durch die Annahme eines Antrages, der lediglich noch einmal „mit Nachdruck das Verlangen der Arbeitnehmer nach paritätischer Mitbestimmung“ unterstreicht, ohne auf den

91 Die Analyse der Sozialstruktur stützt sich auf verschiedene Angaben. Für Duisburg: Gewerkschaftsreport des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Nr. 3/1974, S. 30 und Sozialistische Korrespondenz Nr. 21/1973, S. 3 Vgl. dazu auch: Arno Nickel, Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD - Untersuchung ihrer gesellschaftspolitischen Funktion im Verhältnis von SPD und Arbeitnehmerschaft, unveröffent. Diplomarbeit am Fachbereich 15 der FU Berlin, Frühjahr 1975, S. 73

Für Bremen: Die Delegierten im „Zerhacker“, in Rückblick eines Delegierten: AfA-Bundeskonferenz v. 13. - 15. Juni 1975, 28. Juli 1975

91a Vgl. zu Saarbrücken: Zusammensetzung der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen vom 17. bis 19. Juni 1977 in Saarbrücken (Pressemitteilung).

92 Sicherheit durch soziale Demokratie - Bundeskonferenz der AfA in Bremen vom 13. - 15. Juni 1975, Behandlung der Anträge und Entschlüsse, S. 78 und S. 82

dieser Forderung überhaupt nicht gerecht werdenden Koalitionskompromiß einzugehen (93). In den Formulierungen dieser abwiegelnden Anträge wird deutlich, wie sorgsam in Bremen die Vorbereitung von seiten des Vorstandes war, um überraschende Abstimmungsergebnisse zu vermeiden.

Bei zwei Problemkreisen zeigt sich aber, daß auch Erfahrungen von sozialdemokratischen Kollegen in den Betrieben sich in Bundeskonferenzbeschlüssen niederschlagen können. Da ist zunächst das Problem der Investitionslenkung. In dieser besonders von Schmidt sehr distanziert betrachteten und nicht selten bespöttelten Frage entscheiden sich die Delegierten für einen Antrag, der in klaren Worten ein reformistisches Konzept einer langfristigen Gesellschaftspolitik vertritt und verbindet das mit einer deutlichen Kritik am Konzept der „Globalsteuerung“. Der fünfseitige, an die Kommission „Orientierungsrahmen 85“ überwiesene Antrag verrät bis in die Formulierung hinein die enge Anlehnung an Anträge, die auf Parteitag oder z. B. Jusobundeskonferenzen von Reformisten aus Partei oder Gewerkschaften gestellt wurden (94). In zwei anderen Anträgen klingt zumindest an, daß die Erfahrungen der Streikämpfe in den letzten Jahren auch bei den sozialdemokratischen Kollegen in den Betrieben Folgen hatten. In einem Antrag wird die Bundestagsfraktion ohne Wenn und Aber aufgefordert, „das Verbot der Aussperrung in das Grundgesetz“ und in das „Gesetzbuch der Arbeit“ aufzunehmen (95). Der zweite Antrag weist „auf neuartige Demonstrationsaktionen der Arbeitnehmer sowie ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften“ hin: „Beispielhaft seien die Aktionen der Kollegen von Erwitte und Kalletal genannt. Die Bundeskonferenz der AfA erklärt sich insbesondere mit den letzten beiden Fällen solidarisch“. (96)

Nun ist sicher nicht zu erwarten, daß aufgrund dieses Beschlusses sozialdemokratische Kollegen in den Betrieben allerorten ähnliche Aktionsformen propagieren oder gar mittragen. Diejenigen Sozialdemokraten aber, die als kämpferische Reformisten solche Formen anwenden wollen, haben damit den offiziellen Segen der Arbeitsgemeinschaft, auf den sie sich in der Auseinandersetzung mit widerstrebenden Parteigenossen berufen können.

## 7. Die AfA nach Bremen

Alles in allem hatten allerdings die Bremer Beschlüsse, ähnlich wie nach der Bundeskonferenz in Duisburg, kaum Folgen. Die Ratlosigkeit reformistischer Sozialdemokraten gegenüber der nicht so schnell wie erwartet abflauenden Krise, die bevorstehende Bundestagswahl förderten die Bereitschaft zur einseitigen Ausnutzung der AfA als Propagierungsinstrument sozialdemokratischer Regierungspolitik. Alle Verlautbarungen von Vorstand und Bundesausschuß und die Vielzahl von Arbeitnehmerkonferenzen standen im Zeichen der Wahlwerbung für die SPD. Das nahm mitunter groteske Formen an, wenn etwa der Vorsitzende der AfA Rohde im Namen der AfA

93 ebenda, S. 20 u. S. 24 ff.

94 ebenda, S. 42 ff.

95 ebenda

96 ebenda, S. 38

in höchsten Tönen das Berufsbildungskonzept des Bundesbildungsministers Rohde lobt (97).

Aber auch vor der Wahl konnte der Bundesvorstand der AfA nicht umhin, besonders brennende Probleme für Lohnabhängige auf den Arbeitskonferenzen zu thematisieren. Dabei nahm natürlich die Frage der Arbeitslosigkeit den größten Raum bei fast allen Diskussionen ein. Sicherlich überwog dabei dann der Hinweis auf das Netz der sozialen Sicherheit, aber es klangen auch bereits Töne an, die an den Plänen der Regierung zur langfristigen Behebung von Arbeitslosigkeit zu Zweifeln begannen. Die Themen einiger Bundeskonferenzen waren identisch mit ähnlichen Veranstaltungen der Jungsozialisten, so etwa zu Fragen der Jugendarbeitslosigkeit. Es deutet sich an, daß aus den stattfindenden Treffen von AfA- und Juso-Bundesvorstand auch eine Zusammenarbeit auf regionaler Ebene hervorgeht.

Wenn auch über die Aktivitäten in den Betriebsgruppen wenig Informationen vorliegen, – ihre Zahl erhöhte sich bis Ende August 1976 auf 5.000 (98), so läßt sich aber sicher sagen, daß trotz vieler Enttäuschungen sozialdemokratischer Lohnabhängiger über die konkreten Auswirkungen der Regierungspolitik in den meisten Betriebsgruppen diese Enttäuschung zurückgedrängt wurde zugunsten des Ziels, die SPD als ihre Partei an der Regierungsmacht zu halten. Die AfA ist auch nach der Wahl bereit, vieles an Kritik der als notwendig erachteten „Integration aller Kräfte“ unterzuordnen, (was auch zu eindeutiger Kritik an den Aktivitäten der Fritz-Erler-Gesellschaft führte).

In den sich andeutenden begrenzten verbalen Konflikten zwischen den Gewerkschaften und der sozialliberalen Koalition wird allerdings die AfA sich eindeutig auf der Seite der Gewerkschaften finden. Die AfA-Mitglieder in den Betrieben unterstützen die Gewerkschaften, weil sie nur zu gut um die Berechtigung der Kritik wissen, die in die Regierungspolitik eingebundene AfA-Führung tut das, weil sie um die Begrenztheit des Konfliktes weiß.

## 8. Zur Einschätzung der AfA

Seit Gründung der AfA war die Abgrenzung ihrer Tätigkeit zur Praxis der Gewerkschaften ein offenes Problem. In allen Verlautbarungen des Bundesvorstandes wurde immer wieder betont, die AfA wolle den Gewerkschaften auf keinen Fall Konkurrenz machen. In der Praxis soll das durch eine überlegte Arbeitsteilung vermieden werden, die an die „klassische“ Arbeitsteilung von Partei und Gewerkschaften erinnert. Die Inhalte der Anträge auf den Bundeskonferenzen der AfA belegen diese Absicht: Tarifpolitische oder einkommenspolitische Forderungen, die als Adressaten den „Tarifpartner“ haben, werden den Gewerkschaften überlassen. Dagegen sind gesellschaftspolitische Forderungen der Lohnabhängigen, die den Staat zum Adressaten haben, Feld der AfA.

Aber schon auf der Ebene der Bundeskonferenzen entstehen trotz der allgemein

---

97 vgl. PPP vom 21. 5.1976, S. 2

98 vgl. PPP vom 18.8.1976

akzeptierten Arbeitsteilung Schwierigkeiten, sie durchzuhalten, wenn z. B. bei der Forderung nach Humanisierung der Arbeitswelt der Adressat nicht eindeutig auszumachen ist. Die Schwierigkeiten häufen sich besonders in den Betrieben, wo oft Gewerkschaftsfunktionäre und SPD-Betriebsgruppenmitglieder identisch sind.

Hinter der süffisanten Kritik von Unternehmerseite, die AfA-Betriebsgruppen trügen – dem BVG zuwider – die Parteipolitik in die Betriebe, steckt ein Körnchen Wahrheit, wie gerade Erfahrungsberichte von sozialdemokratischen Gewerkschaftern über die Tätigkeit von SPD-Betriebsgruppen belegen. Viele SPD-Gewerkschafter sehen in der Tatsache, sich durch Propagierung von SPD-Regierungspolitik in den Betrieben von anderen Kollegen abzugrenzen eher eine Behinderung als eine Förderung ihrer betrieblichen Arbeit (99). Nur dort, wo die SPD-Betriebsgruppenmitglieder den Kollegen klarmachen können, daß die betrieblichen Interessen aller Kollegen mit Hilfe der SPD-Betriebsgruppen besser vertreten werden können, wird diese Behinderung nicht zutage treten.

In Betrieben, wo die SPD-Betriebsgruppe identisch ist mit einer die Politik einer selbstherrlich agierenden Betriebsratsfürsten stützenden Clique, dient die neu belebte AfA-Betriebsgruppe lediglich als zusätzliches Mittel, gegen alle Kollegen, die die angemäße Allmacht des Betriebsrats anzutasten drohen, diffamierend vorzugehen.

In Betrieben jedoch, wo Sozialdemokraten durch die aktive Interessenvertretung der Kollegen in den Betriebsrat gewählt wurden, wo sie unterstützt wurden durch eine aktive Ortsverwaltung der Gewerkschaft, ordnet sich die SPD-Betriebsgruppe in die Gesamtbelegschaft ein und versteht sich als zusätzlicher Vertreter von Interessen der Kollegen. In dem Maße, wie sie bei dieser Interessenvertretung auch Erfolge hat, vergrößern sie auch ihren Einfluß als SPD-Betriebsgruppe. Freilich reagiert die AfA-Gruppe allergisch, wenn andere Kollegen im Betrieb die Belegschaft über ökonomische Interessenvertretung politisieren wollen – zumal, wenn sich das wie so oft gegen die SPD richtet.

Die AfA kann kein Hauptträger einer Verschiebung des innerparteilichen Machtverhältnisses nach links sein. Die bloße Existenz der AfA bereits zeugt für den Funktionsverlust der SPD als Partei der Lohnabhängigen. Die AfA soll helfen, die deutlich empfundene Lücke zwischen der SPD und ihrer lohnabhängigen Wählerbasis zu schließen. Da diese Lücke aber Ausdruck des strukturell bedingten Widerspruchspotentials in der gesamten Partei und des widersprüchlichen Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften ist, überträgt sich mit dieser Aufgabenzuweisung auch die Widersprüchlichkeit der Gesamtpartei auf die AfA.

Sicherlich soll die AfA für die Gemeinwohlorientierung und für die konfliktfreie Wahrnehmung der Staatsfunktion als Propaganda und -beschwichtigungsinstrument funktionalisiert werden. Zugleich aber kann die AfA Instrument für die reformistisch orientierten Sozialdemokraten in der AfA sein, die Zusammenfassung und Vertretung von Interessen Lohnabhängiger zu ermöglichen und damit den Linken in der AfA die Legitimation zu verschaffen für die Forderung nach verstärktem Einfluß in der Gesamtpartei.

Wegen dieser zweifachen sich gegenseitig ausschließenden Instrumentalisierung

---

99 Vgl. wir, SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Nr. 1/1976, S. 12

der AfA ist deren Wirkung als Träger von Interessen Lohnabhängiger innerparteilich abhängig von der Zusammenarbeit und Schützenhilfe der übrigen SPD-Linken und der Gewerkschafts-Linken wie sie etwa in Hessen-Süd praktiziert wird und darf für sich genommen nicht überschätzt werden.

#### IV. Ergebnisse der Politik der Linken in der SPD

##### 1. Grundzüge ‚linker‘ Politik seit 1975

Im folgenden soll versucht werden, den linken Flügel der SPD insgesamt einzuschätzen. Die ausführliche Diskussion der Möglichkeiten linker Politik bei den Jusos und in der AfA bietet die Grundlage zu einer realistischen Bewertung des linken Flügels.

Auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im November 1975 wurde der Entwurf zum Orientierungsrahmen '85 gegen nur 1 Stimme beschlossen, obwohl wesentliche ‚linke‘ Zusatzanträge und Minderheitsvoten aus der Antragskommission niedergestimmt worden waren. Die Unterordnung der Linken unter die Disziplin des ‚Wir-Gefühls‘ ist nicht allein Ausdruck der reformistischen Konzeptionslosigkeit in der Krise und nicht ausschließlich opportunistisches Kalkül, die eigenen personalen Pfründe durch Wohlverhalten – wie es in Mannheim gelang – zu halten. Die Grundaxiome der ‚Mannheimer Linie‘ begründen sich in einer reduzierten Einschätzung der Veränderungskapazität der SPD und der Möglichkeiten einer innerparteilichen Bündnis- und gesellschaftlichen Mobilisierungspolitik; man könnte sie folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Einheit der Partei darf nicht gefährdet werden
- Die Gefährdung würde dann eintreten, wenn ein permanenter bzw. prinzipieller Konflikt zwischen ‚Gremienpolitikern‘ und ‚Basisaktivisten‘ entstehen würde.
- Die SPD kann nur eine reformistische Partei sein. die innerparteiliche Kritik muß darauf zielen, den reformistischen Charakter wiederherzustellen. Jeder Versuch, die Partei über eine reformistische hinaus in eine ‚antirevisionistisch-revolutionäre‘ oder auch nur in eine ‚zentristische‘ verwandeln zu wollen, müßte zur Spaltung führen.
- Um den reformistischen Charakter wiederherzustellen, muß die Linke bündnis- und verbreitungsfähig sein. Das kann sie nur dann sein, wenn sie keinen rigiden Konfliktkurs steuert und die Partei nicht grundsätzlich in Frage stellt (100).

Die hier geschilderten Axiome sind zwar nicht pauschal zu kritisieren. Die SPD-Linke hat jedoch in den letzten Jahren innerparteiliche Bündnispolitik mit Wohlverhalten verwechselt, das sie dadurch zu demonstrieren suchte, in disziplinierter Selbstverachtung sozialdemokratische Regierungspolitik mitzutragen. Öffentlichkeitsarbeit und Basismobilisierung wurden diesem Zweck untergeordnet. Da Regierungssolidari-

---

100 vgl. dazu: Peter v. Oertzen in: „Kontroverse über den Orientierungsrahmen '85 der SPD“, in: Forum DS 1, S. 147 - 153

tät und Mobilisierungsverzicht nicht ausreichen, die SPD in eine reformistische Partei zu verändern, wurde die Selbstvereinigung der Linken als ‚Voraussetzung‘ innerparteilicher Bündnisfähigkeit erkoren und vielfach zum Hauptfeld reformistischer Praxis. „Die Diskussion um die Wiederherstellung des Reformismus in der SPD ist in den letzten Jahren dadurch verwirrt worden, daß objektiv reformistische Forderungen von Personen und Gruppen vorgetragen wurden, die sich subjektiv als ‚Anti-Reformisten‘ in dieser oder jener Hinsicht verstanden haben und die daher ihre Argumente zumindest verbal, oft aber auch sachlich, in einem nicht reformistischen Kontext vorbrachten. Auf Grund dessen konnte die reformistische Kritik am Kurs der SPD immer wieder als Angriff auf den Charakter der Partei schlechthin verstanden werden. Und die Rechte hat sich diese Verwirrung der Worte und Begriffe natürlich mit größtem Vergügen zunutze gemacht.“ (101)

v. Oertzens ‚Analyse‘ für das Scheitern reformistischer Politik in der SPD, die durchaus richtige Einzelbeobachtungen zur Hauptblockade reformistischer Politik aufwertet, neigt fatal dazu, Helmut Schmidts und Georg Lebers Bewußtseinsstrukturen den politikdidaktischen und analytischen Fehlkünsten der Hannoveraner ‚Anti-revisionisten‘ zuzuschreiben.

Die hier beschriebenen Ersatzstrategien, über die Disziplinierung linker Minderheitspositionen Terrain für die innerparteiliche ‚Vertrauensarbeit‘ zu gewinnen, ging seit Beginn der jüngsten Krise die Tendenz parallel, die Themen reformistischer Politik vorrangig an der taktischen Prämisse momentaner Verbreitungsfähigkeit auszuwählen und weniger majorisierungsfähige Themen zu tabuisieren.

Die Furcht vor dem eigenen ‚Bürgerschreck-Image‘ führt zu den oben beschriebenen Devotheitsformen und schlägt sich gewöhnlich auch dort nieder, wo die Linke regionale Parteiorganisation majorisiert. Die gegenüber der Parteiorganisation unproportionale Rechtslastigkeit der meisten sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen, die Diskrepanz zwischen der Münchener SPD und ihren parlamentarischen und öffentlichen Mandatsträgern, aber auch die Landesliste der relativ linkshomogenen Schleswig-Holsteinischen SPD zur Bundestagswahl 1976, mit den Nicht-Linken Egon Bahr und Lauritz Lauritzen auf Platz 1 und 3, bezeichnen die ambivalente Haltung gegenüber der eigenen Position.

Bei alledem darf jedoch nicht übersehen werden, daß die SPD-Linke eine personale Identität gewonnen hat, die führende Repräsentanten wie z. B. Harry Ristock hartnäckig und mit Erfolg konsolidieren. Trotz der gesellschaftlich und programmatischen Defensive und trotz der Resignationserscheinungen an der Basis hat die SPD-Linke bis auf wenige regionale Ausnahmen seit 1973 die personalen Positionen gehalten und zum Teil sogar ausgebaut. Es wäre kurzfristig, von einer Auflösung des linken Potentials in der Schmidt-Ära zu sprechen. Der linke Karrierismus hat im Gruppenzusammenhang stattgefunden und sich bislang nicht vom Gruppenzusammenhang entfernt. Die Linke tagt und kreiselt nach wie vor im Leverkusener Kreis, im Frankfurter Kreis, in linksoppositionellen Unterkreisen und sogar im linken Häufchen im Parteivorstand. Der Optimismus zumindest der linken Repräsentanten ist nicht gebrochen.

## 2. Die Linke nach der Bundestagswahl

Nach der Bundestagswahl '76 richtete sich die „Linke“ bis auf wenige Ausnahmen auf ein weiteres Verweilen in der Igelstellung ein. Des Kanzlers Wort „56 Prozent der Deutschen haben rechts von der SPD gewählt – links von der SPD wählen 0,5 Prozent“ verkündete Unheil. In der Hoffnung, durch Zurückhaltung einen Mindeseinfluß auf die Regierungserklärung und die Besetzung der Fraktionspositionen zu erzielen, und in der Furcht, Unmutsartikulationen oder gar öffentliche Forderungen könnten die FDP in ihrer Koalitionstreue wanken lassen, zog es auch der Frankfurter Kreis vor, bis zum Abschluß der Regierungsbildungsprozedur nicht zusammenzutreffen.

In der Partei hatte sich jedoch bis hin zur Mitte beträchtlicher Unmut aufgestaut. Der Glaube an die Fähigkeiten der Bundesregierung, mit der Krise fertig zu werden, hatte angesichts der weiter bestehenden Arbeitslosigkeit und ihrer strukturellen Ursachen gelitten. Der auf den Bundeskanzler zentrierte, die SPD in den Hintergrund rückende und jegliche sozialdemokratische Perspektiven vermissen lassende Defensivwahlkampf demoralisierte Genossen. Aber erst das Rentendesaster, der Rücktritt des unter sozialdemokratischen Gewerkschaftern populären Walter Arendt und die bürokratisch-technokratische Selbstherrlichkeit der Regierung in der Energiefrage mobilisierten nach langer Solidaritätsanspannung erstmals wieder die Linke.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei der Landesverband Schleswig-Holstein. Bereits im Oktober wurden in der Mitgliederzeitung „Wir“ Wahlkampf und Erscheinungsbild der SPD scharf kritisiert (102).

Dieses spezifische regionale Interesse der dort als Oppositionspartei zu autonomen Wegen fähigen SPD geriet schon in der Vergangenheit nicht selten in Widerspruch zu der von der Bundesregierung instrumentalisierten Gesamtpartei. Für die in hohem Maße von linkssozialdemokratischen Spielarten skandinavischer Farben beeinflussten Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins orientiert sich ‚Vertrauensarbeit‘ an einer stark normativ geprägten und als Handlungsanweisung interpretierten Ausrichtung an die sozialdemokratischen Grundwerte.

Der Gefahr des Identitätsverlustes zwischen Partei und sozialer Basis wollten die Schleswig-Holsteiner Bundestagsabgeordneten begegnen, als sie zur Gehorsamsverweigerung gegenüber den ‚Rentensanierungsplänen‘ der Bundesregierung aufriefen. Dieser ‚ersten Lektion im Intensivkurs ‚Lernfähigkeit der Regierung‘‘ ließ die schleswig-holsteinische SPD durch die Parteinahme für die Atomkraftwerksgegner die ‚zweite‘ folgen. Die harsche Kritik des Landesvorsitzenden Jansen gegen die Bundesregierung, die erst noch lernen müsse, „den Bürgerdialog offen und ehrlich zu führen“ (103) fand breite Resonanz in der SPD.

Diese Haltung besagt zweifellos nichts über die Qualität konkreter Gegenkonzeptionen und reformpolitischer Alternativen, die anzubieten die Linke in der SPD im Gegensatz zu anderen sozialistischen Gruppierungen als Teil einer mit öffentlicher Entscheidungskompetenz ausgestatteten Partei ständig gezwungen ist. Diese Hal-

---

102 Vgl. insbesondere: Bernd Nichels: Modell Deutschland oder/statt Sozialdemokratie, in: wir, a.a.O., Oktober 1976, S. 8 - 9

103 Vgl. Der Spiegel, 21. Februar 1977, S. 29 - 30

tung besagt auch nichts über die Qualität des Bürgerdialogs, die Durchlässigkeit gegenüber sozialen Interessen und über die aktive Rolle in sozialen Bewegungen. Sicherlich ist hiermit auch keine eigentliche Strategie eröffnet. Die hier angedeuteten Auseinandersetzungen um Aufgaben der Partei zwischen Regierungs- und Basisinteressen in konkreten politischen Problemzusammenhängen vermögen jedoch Ansätze aufzuweisen, die die bisherige linke Totalstrategie – linke Mannen auf ‚rechte‘ Posten – auf praktikable Weise modifizieren könnte.

Der Grundgedanke, wer an die Regierung denkt, muß zuerst an die Partei und an ihre soziale Basis denken, ist leichter erlernbar und merkfähig als das komplizierte Opus von Doppelstrategie und Strategie antikapitalistischer Strukturreformen. Wenn die sozialdemokratische Linke das ernst nimmt, würde die alle Aktivitäten zudeckende Disziplinierungsformel von der Einheit der Partei als wesentliche Blockade für die Entfaltungsmöglichkeiten reformistischer Positionen entmystifiziert. Daß diese jüngsten Impulse vom Landesverband Schleswig-Holstein ausgingen, hat für die Gesamtlinke in der SPD Bedeutung. Die dortige SPD, die an ihrer Integration in die Gesamtpartei nie Zweifel ließ und nie im Verdacht einer ‚linken‘ Obstruktionspolitik stand, ist relativ homogen und weist keine besonderen Konflikte zu den Arbeitsgemeinschaften Jusos und AfA auf. Mit der Autorität des Landesverbandes ist sie eher in der Lage als etwa eine Juso-AG oder eine ‚alt-linke‘ Minderheitengruppe, die einseitige Transmissionsfunktion der von der Schmidt/Genscher-Regierung verstaatlichten SPD zu problematisieren und Anstöße zur Durchbrechung dieser Abhängigkeit auch in andere Teile der Partei zu vermitteln und zu legitimieren.

Ähnlich mobilisierend für das ‚linke‘ sozialdemokratische Milieu wirkte ein Zeitschriftenartikel des SPD-MdB Karl Heinz Hansen über die Situation der linken Abgeordneten in der Bundestagsfraktion. Hansen wandte sich gegen die Verschleierung von Gegensätzen zwischen Parteiwollen und Regierungsmöglichkeit und verlangte von der Fraktionslinken eine Schwerpunktverlagerung aus dem Parlament in die Partei. Für die Zukunft schloß er das Mittel der Gehorsamsverweigerung gegenüber Fraktion und Regierung nicht aus. Die Zumutbarkeitsgrenze setzte er für „jede weitere Vermögensumverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer, jeden weiteren Abbau demokratischer Freiheitsrechte“ jede Tendenz zur Kollaboration mit der „Mitte der CDU“, die Isolierung gegenüber fortschrittlichen Entwicklungen in anderen westeuropäischen Ländern und alle Schritte zur Fortsetzung des Neokolonialismus und der Ausbeutung der 3. Welt (104).

Dem Hansen’schen Verweigerungskatalog und der Jansen’schen Regierungschelte stehen die beschwichtigenden Worte Karsten Voigts gegenüber, Kritik an der Sache müsse natürlich erlaubt sein, aber man habe die Pflicht, die Regierung zu tragen und dürfe „den Schmidt nicht anpinkeln“ (105). Innerhalb des reformistischen Potentials drohen aber auch Differenzen in verschiedenen gesellschaftlichen Problem-bereichen angesichts einer Wirtschaftskrise, die nunmehr nahezu alle sozialen Teilsysteme tangiert, angesichts der Gegnerschaft zwischen Teilen der Gewerkschaften und den Kernkraftwerksgegnern. Daneben verschärft sich die alte Wachstumskontroverse

104 Karl-Heinz Hansen: An der Grenze der Selbstachtung, in: konkret 2/77, S. 11

105 Frankfurter Rundschau, 26. Januar 1977, S. 3

und die Fronten im Verteilungskampf verlaufen quer durch die Gewerkschaften.

Auf drei Feldern hat die linke SPD bei allen Anfechtungen Erfolge erzielt.

1. Die SPD-Linke konnte erreichen, daß über die sogenannte Verfilzung in der SPD besonders in den Kommunen ein Problembewußtsein entstanden ist, daß zu Veränderung der ‚Mauschelpolitik auf höchster Ebene‘ drängt. Erfolge auf diesem Gebiet, von der Gesamtpartei unter dem Motto: „Verbesserung der Glaubwürdigkeit“ angestrebt, brachten auch der Linken bessere Durchsetzungsmöglichkeiten, da zumindest zeitweilig mehr Rücksicht auf die Interessenartikulation der Parteibasis genommen wird. (Damit ist nicht gemeint, daß die Parteibasis per se links ist).
2. Die von Sozialdemokraten mitbegonnene und mitgetragene Politik der Berufsverbote durch den Radikalenerlaß und die damit verbundene Gesinnungsschnüffelei stößt nicht nur zunehmend auf Kritik in der Partei, sondern die Vorstellungen der linken Sozialdemokraten, diese Politik rückgängig zu machen, führten zu ersten sichtbaren Verunsicherungen und Widersprüchen bei der SPD-Führung. Der kleinste Schritt in die Richtung, die den Abbau rechtstaatlicher Prinzipien stoppt und die Politik der Berufsverbote beendet, muß auch von der nichtsozialdemokratischen Linken unterstützt werden und darf nicht, weil sicher noch viel zu viel an obrigkeitstaatlichen Rest übrigbleibt, als Stückwerk, für das es keinen Einsatz lohnt, verworfen werden. Die Kritik der nichtsozialdemokratischen Linken muß da ansetzen, wo lediglich größere Stromlinienförmigkeit bei den polizeistaatlichen Gesetzen und Verordnungen erreicht wird.
3. Die Aktivitäten von Bürgerinitiativen veranlaßten linke Sozialdemokraten, sich der in den Initiativen artikulierten Interessen und Bedürfnissen zu stellen und sie aufzunehmen. Sie wurden allerdings bei der Entstehung von Bürgerinitiativen ebenso überrascht wie die übrige Linke. Das verweist auf beider Unvermögen, sich auf neue gesellschaftliche Situationen einzustellen. Ziel des sozialdemokratischen Interesses an Bürgerinitiativen ist sicherlich, auch diese Bedürfnisse in sozialdemokratische Politik zu integrieren. Dieses Ziel wird aber nur erreicht, wenn der Druck der Bürgerinitiativen in die Gesamtpartei weitergegeben wird.

In diesem Punkt steht die linke SPD auch in ihrem Selbstverständnis vor einer Bewährungsprobe, nämlich vor der Frage, ob nicht ein reformistischer Flügel in der SPD potentiell antikapitalistische Lohnabhängige in die SPD einbinden und so der Bildung einer antikapitalistischen Linken schadet.

Selbstverständlich ist die Embryonalkraft der bundesdeutschen „neuen Linken“ nicht den magnetischen Kräften einer SPD-Linken anzulasten, die nicht minder schwer an der Bürde trägt, über keine gesellschaftliche ‚Hausmacht‘ zu verfügen. Dennoch stellt sich insbesondere für die Jusos stets das Problem, nur dann Freiräume zu genießen, wenn sich aus der Existenz relevanter gesellschaftlicher Oppositionsgruppen für die SPD die Notwendigkeit ergibt, die Linke zur Befriedung einzusetzen. Solche Hoffnung bricht sogar das antikommunistische Berührungstabu. Während z. B. Benneter an dieser Grundsatzfrage scheiterte, dürfen die Juso-Hochschulgruppen und selbst der bislang tolerierte harte „Stamopak“ – SHB schadlos AFA-Koalitionen

mit kommunistischen Gruppen eingehen. Eine immer auch für die Partei funktionale SPD-Linke steht damit stets vor dem Problem, den unvermeidbaren innerparteilichen Kompromiß nicht als Handlungsauftrag zur Eindämmung sozialer Initiativen nach außen zu wenden. In dieser jeweils konkreten Frage entscheidet sich die gesellschaftliche Bündnisfähigkeit linker Sozialdemokraten. Die bisherige Entwicklung und Praxis der Linken schließt solche Lernprozesse nicht aus.

**DIE NEUE PÄDAGOGISCHE REIHE**  
**Grundprobleme**  
**der Erziehungswissenschaft**

Band 3

Bammé/Deutschmann/Holling

*Erziehung zu beruflicher Mobilität*

Zum ersten Mal werden die aktuellen Probleme beruflicher Mobilität innerhalb eines konsistenten Rahmens umfassend dargestellt

240 Seiten, DM 22,-

Band 2 (in Vorbereitung)

Sarane S. Boocock

*Einführung in die Soziologie des Lernens*

Ein Überblick der wesentlichen Ergebnisse der neuesten amerikanischen empirischen Forschung

550 Seiten, DM 48,-

Band 1

Bammé/Holling

*Qualifikationsentwicklung und Curriculumkonstruktion*

Eine grundlegende Einführung in den Problemzusammenhang von Qualifikationsentwicklung, Curriculumkonstruktion und Lehreraufbau

192 Seiten, DM 18,-

**VERLAG REINHOLD SCHLETZER**  
**Heukuppenweg 49, 1000 Berlin 42**